

Migration und nationale Frage in Russland: Russland nur für Russen?

Spahn, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Spahn, S. (2013). Migration und nationale Frage in Russland: Russland nur für Russen? *Russland-Analysen*, 267, 22-24. <https://doi.org/10.31205/RA.267.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

HANDEL UND HANDELSKRIEGE MIGRATION UND INTERETHNISCHE KONFLIKTE

- **ANALYSE**
Die Ukraine vor dem Vilnius-Gipfel: Einflussversuche externer Akteure und die Position der ukrainischen Regierung
Katerina Malygina, Bremen 2
- **DOKUMENTATION**
Handelspolitik EU – Russland: Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen 6
- **ANALYSE**
Wandel durch Handel à la Onischtschenko
Wie Russlands oberster Verbraucherschützer/Sanitärarzt Außenpolitik betrieb
Johannes Voswinkel, Moskau 8
- **STATISTIK**
Russlands Handel mit Partnern in der EU und im postsowjetischen Raum 11
- **UMFRAGE**
Die Beziehungen zur Ukraine aus Sicht der russischen Öffentlichkeit 19
- **AUS RUSSISCHEN BLOGS**
Onischtschenko und die Handelskriege 20

- **ANALYSE**
Migration und nationale Frage in Russland: Russland nur für Russen?
Susanne Spahn, Berlin 22
- **UMFRAGE**
Migranten, interethnische Spannungen und der »Russische Marsch« 25

- **NOTIZEN AUS MOSKAU**
Abseits von Moskau – die etwas andere Mittelschicht
Jens Siegert, Moskau 29

- **CHRONIK**
Vom 7. bis zum 21. November 2013 32



Die Ukraine vor dem Vilnius-Gipfel: Einflussversuche externer Akteure und die Position der ukrainischen Regierung*

Katerina Malygina, Bremen

Zusammenfassung

Vom 28. bis 29. November 2013 wird über das Schicksal der Ukraine entschieden. In diesen Tagen wird sie das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU unterzeichnen – oder eben nicht. Dieses Ereignis wird nicht nur die mittelfristige Entwicklung der Ukraine bestimmen, sondern kann auch die geopolitische Lage in der Region ernsthaft verändern. Deshalb versuchen sowohl Russland als auch die EU, verstärkt Einfluss auf die ukrainische Führung zu nehmen. Je näher der Vilnius-Gipfel rückte, desto stärker wurde der Druck externer Akteure. Die Ergebnisse sind allerdings mager. Weder Russland noch der EU gelingt es, die Ukraine dazu zu bewegen, ganz den jeweiligen Interessen zu folgen.

Einflussversuche Russlands

Am offensivsten agiert derzeit Russland, das versucht, die Ukraine in seinen Einflussbereich zu ziehen. Die mögliche Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU wird in Russland als große geopolitische Gefahr wahrgenommen. Denn das würde einen Präzedenzfall für den postsowjetischen Raum schaffen und die Attraktivität des eurasischen Entwicklungsmodells in Frage stellen.*

Im Jahr 2013 änderte Russland zweimal sein Verhalten gegenüber der Ukraine. Als die Ukraine im Mai 2013 den Beobachterstatus in der Zollunion beantragte, zeigte sich Moskau erkennbar kompromissbereit. Noch vor ein paar Jahren hatte Russland Vorschläge wie etwa die Zusammenarbeit mit der Zollunion im Format »3+1« (Russland, Belarus, Kasachstan und die Ukraine) kategorisch abgelehnt.

In der zweiten Jahreshälfte verschärfte Russland wieder den Ton und erließ Handelssanktionen gegenüber der Ukraine, die diesmal noch härter waren als ein Jahr zuvor. Im Hochsommer hat Russland die Vereinbarung über ein Einfuhrkontingent für zollfreie Rohre aus der Ukraine nicht verlängert und Lieferungen des ukrainischen Süßwarenherstellers »Roschen« angehalten. Das traf vor allem die ukrainischen Oligarchen Viktor Pintschuk und Petro Poroschenko. Den Höhepunkt erreichte dieser »Handelskrieg« im August: Eine Woche lang wurden sämtliche Importe aus der Ukraine gestoppt, weil das russische Zoll-

amt die Kontrolle für ukrainische Waren verstärkte. Die Aktion wurde Ende Oktober wiederholt, allerdings mit einer anderen Begründung. Am 28. Oktober führte der russische Zoll unerwartet neue Bestimmungen für den Warentransit durch die Zollunion (Russland, Belarus und Kasachstan) ein, so dass sich viele Lastwagen an der russisch-ukrainischen Grenze stauten. Darüber hinaus setzte Russland Ende Oktober die Importe von Fleisch und Waggons aus der Ukraine aus. Der »Handelskrieg« sollte der Ukraine zeigen, was sie im Falle der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der EU erwartet. So drohte Sergei Glasjew, Putins Berater und vorher Geschäftsführender Sekretär der Zollunion, unmittelbar nach dem August-Handelsembargo, die Ukraine aus der GUS-Freihandelszone auszuschließen, falls sie das EU-Freihandelsabkommen unterzeichnet.

Parallel zu den Handelssanktionen hat die russische Führung in den eigenen Medien eine massive Propagandakampagne gegen die ukrainische Führung eingeleitet. Ende September zeigte der zentrale russische Fernsehsender einen Wochenrückblick des russischen Journalisten Dmitrij Kiseljow unter dem Titel »Euthanasie à la Ukraine«, der der Ukraine nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU den wirtschaftlichen Zusammenbruch prophezeit. Kiseljow verglich die Ukraine mit einem »Flugzeug, das ins Trudeln gekommen ist« und bezeichnete eine Unterzeichnung des EU-Abkommens als »Neomasepismus« (in Russland wird der ukrainischen Kosakenführer Iwan Masepa, der 1708 im Großen Nordischen Krieg von der russischen auf die schwedische Seite wechselte, als Verräter wahrgenommen). Ende Oktober startete im russischen Fernsehen die Sendereihe »Scheidung à la Ukraine«, die abermals die negativen Folgen einer europäischen Integration für die Ukraine betonte.

Auf Handelssanktionen und Propaganda gegen die Ukraine konzentriert, wirbt Russland vor dem Gipfel kaum für den eigenen Wirtschaftsblock. Einzelne Zugeständnisse, die die russische Seite als Hilfe für die prak-

* Nachdem das ukrainische Parlament am Vormittag des 21. November sechs Gesetzesentwürfe abgelehnt hat, die den Weg für ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU freimachen sollten, hat das ukrainische Kabinett beschlossen, die Verhandlungen mit der EU über die Unterzeichnung auszusetzen. Es soll eine Dreierkommission unter Beteiligung von Russland, der EU und der Ukraine geschaffen werden, die Handelsfragen diskutiert. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU werden in den Ukraine-Analysen 124/2013 und 125/2013 behandelt, die am 26.11.2013 bzw. am 10.12.2013 erscheinen.

tisch insolvente Ukraine präsentierte, haben auch nichts geändert. Ende September gewährten russische Banken der Ukraine einen Kredit in Höhe von 750 Millionen Euro. Gleichzeitig räumte Gazprom einen einmaligen Preisnachlass für die fehlende Gasmenge ein, die die Ukraine in ihre Speichereinrichtungen einpumpen muss, um im Winter einen stabilen Transit zu gewährleisten. Den Kredit muss die Ukraine jedoch innerhalb von zwei Jahren zurückzahlen, während von dem Gasrabatt vor allem Gazprom selbst und der ukrainische Oligarch Dmitro Firtasch profitiert haben. Diese Maßnahme führte vorübergehend zu Spannungen zwischen der Ukraine und Russland. Jedoch bringen beide Seiten diesen potenziellen Gaskonflikt nicht mit der Unterzeichnung des EU-Abkommens in Zusammenhang. Das traditionelle Druckmittel Russlands – die »Energiewaffe« – wird in diesem Fall politisch nicht eingesetzt.

Ein letztes Argument für einen Beitritt zur Zollunion sollte für die Ukraine das Beispiel Armeniens sein, das im September 2013 den Wunsch geäußert hatte, in die Zollunion aufgenommen zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Armenien sich zusammen mit Moldau und Georgien auf die Initialisierung des Freihandelsabkommens mit der EU beim Vilnius-Gipfeltreffen vorbereitet. Der scharfe Kurswechsel wurde durch russischen Druck verursacht: Im Sommer hatte Moskau die Gaspreise für Armenien erhöht und gedroht, Waffen an Aserbaidschan zu verkaufen, was dessen Position im Bergkarabachkonflikt gestärkt hätte. Ende Oktober bekräftigte Armenien bei einem Treffen in Minsk seine außenpolitische Wende und unterzeichnete eine Erklärung über seinen Beitritt zur Zollunion.

Allerdings ist die Neuausrichtung der armenischen Außenpolitik der einzige Erfolg, den Russland vor dem Vilnius-Gipfel erzielen konnte. Tatsächlich sind die Mitglieder der Zollunion eher in interne Probleme verstrickt, als dass sie einen Erfolg des eurasischen Integrationsmodells demonstrieren. So haben die Präsidenten von Belarus und Kasachstan beim Minsker Gipfel im Oktober die verzerrte Umsetzung der bereits erzielten Vereinbarungen innerhalb der Zollunion öffentlich kritisiert und Russland Protektionismus sowie Hegemoniestreben vorgeworfen. Darüber hinaus ist es Russland nicht gelungen, Kasachstan und Weißrussland dazu zu bewegen, sich an den Handelssanktionen gegen die Ukraine zu beteiligen. Beide Länder haben beispielsweise Importe der Süßwaren von »Roschen« nicht begrenzt. All das macht die Probleme der eurasischen Integration deutlich und diese für potenzielle Teilnehmer nicht attraktiver.

Einflussversuche der EU

Auch die EU hat den Tonfall der Gespräche mit Janukowitsch geändert. Während im letzten Jahr Politiker

in der EU noch versucht hatten, den ukrainischen Präsidenten politisch zu isolieren und die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens auf unbestimmte Zeit zu verschieben, nahm die EU den Dialog mit der Ukraine in diesem Jahr wieder auf und formulierte konkrete Anforderungen, von deren Umsetzung die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens abhängig gemacht wird.

Noch am 10. Dezember 2012 nannte der EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten drei Bereiche, in denen die ukrainische Führung greifbare Fortschritte nachweisen soll, nämlich bei Wahlen, bei der Beendigung des selektiven Vorgehens der Justiz und bei der Umsetzung der in der Assoziierungsagenda vorgesehenen Reformen.

Später wurden die notwendigen Maßnahmen in der sogenannten »Füle-Liste« konkretisiert. Benannt nach dem EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle, enthält die bisher unveröffentlichte Liste ein Verzeichnis von 19 Indikatoren. Am problematischsten für die ukrainischen Behörden ist dabei die Frage politisch motivierter Gerichtsurteile. Mit dieser Formulierung ist nämlich die Freilassung der ehemaligen Premierministerin Julia Tymoschenko umschrieben. Bekanntlich hat die Inhaftierung von Julia Tymoschenko im Oktober 2011 eine Krise in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine ausgelöst, deren Höhepunkt ein Besuchsboykott der Fußball-Europameisterschaft 2012 durch europäische Politiker war. Heute ist Tymoschenkos Freilassung zu einer Kernbedingung im Vorfeld des Vilnius-Gipfels geworden, die alle anderen Forderungen der EU überschattet.

Der Einsatz für eine Freilassung Tymoschenkos begann im Juni 2012 mit der Bildung der sogenannten Cox-Kwaśniewski-Beobachtermission. Seitdem ist deren Mandat mehrfach verlängert worden, zuletzt am 13. November bis zum Vilnius-Gipfel. Doch trotz der Bemühungen des ehemaligen Präsidenten des EU-Parlaments Pat Cox und des ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, die die Ukraine als Angehörige der Beobachtermission mehr als 25 mal besucht haben, wurden bisher keine Fortschritte in der Frage Tymoschenko erzielt. Und das trotz der Tatsache, dass die EU Zugeständnisse machte – statt auf eine endgültige Freilassung zu drängen, hat die EU eine »Teilbegnadigung« für Tymoschenko vorgeschlagen. Dadurch sollte sich ihre Haftstrafe von sieben auf zwei Jahre verkürzen, also jene Frist, die sie sich bereits im Gefängnis befindet. Damit wäre es möglich, sie zur medizinischen Behandlung nach Deutschland ausreisen zu lassen.

Im Laufe der Zeit hat die Forderung nach der Freilassung Julia Tymoschenkos einen ultimativen Charakter angenommen, da einige Mitglieder des EU-Rates auf der Erfüllung sämtlicher Kriterien beharren, während die ukrainische Führung die Lösung des Tymoschenko-Problems hinauszögert. Momentan liegen dem Parlament

fünf Gesetzentwürfe über die medizinische Behandlung von Julia Tymoschenko im Ausland vor, die sich in ihren Folgen radikal unterscheiden. Die beiden wichtigsten geben die Position Brüssels und der ukrainischen Regierung wieder: Während der eine die erwähnte Teilbegnadigung vorsieht, verlangt der andere eine Rückkehr Tymoschenkos ins Gefängnis nach der Behandlung. Bisher haben die Parlamentarier über keines der Gesetze abgestimmt, auch nicht, als die EU-Emissäre Cox und Kwaśniewski persönlich an der Sitzung teilnahmen. Präsident Janukowytsch hat aber versichert, dass er das Gesetz unterschreiben wird, wenn es im Parlament verabschiedet werde.

Bei der Erfüllung der anderen Kriterien kann die Ukraine jedoch einige Fortschritte vermelden. Nach der Sommerpause hat das Parlament fünf »proeuropäische« Gesetze verabschiedet. Es handelt sich um die Gesetze über den Zolltarif, über Neuwahlen in fünf strittigen Wahlkreisen, über die Haftbedingungen in den Gefängnissen, die Vollstreckung von Gerichtsurteilen und die Vollmachten des Rechnungshofes. Für die Gesetze stimmten sowohl die Opposition, als auch die Regierung. Damit zeigte die Ukraine eine seltene Einmütigkeit. Im Frühjahr war das noch nicht der Fall gewesen. Damals hatte die Opposition ihre Zustimmung zu Vorschlägen der Regierung an andere politische Fragen gekoppelt. Der Positionswechsel wurde erst unter dem Druck von Seiten der EU vollzogen.

Gleichwohl sind noch nicht alle »proeuropäischen« Gesetze verabschiedet. Die Gesetze über die Staatsanwaltschaft und die Wahlen stehen erst vor der zweiten Lesung. Die Verfassungsänderungen, durch die die Unabhängigkeit der Richter verstärkt werden soll, sind weder in erster noch in zweiter Lesung verabschiedet worden. In den letzten Wochen wurde die Arbeit an diesen Gesetzen durch Uneinigkeit in der Tymoschenko-Frage gebremst. Die ukrainische Führung zeigt große Bereitschaft, mögliche Hürden für die Unterzeichnung des EU-Abkommens in der verbleibenden Zeit zu beseitigen. Das gilt jedoch nicht für das Thema Tymoschenko.

Die Frage der Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens bleibt somit bis zum Vilnius-Gipfel offen und schürt die Rivalität zwischen der EU und Russland. So reagierte das Europäische Parlament auf die russische Handelsblockade gegen die Ukraine mit scharfer Kritik. In einem Beschluss hat es die Aktion als »über rein handelspolitische Gesichtspunkte hinausgehend« verurteilt, die »lediglich den offenkundigen politischen Druck verdecken«. Darüber hinaus forderte das EU-Parlament Russland auf, »von der Ausübung zunehmenden Drucks auf die östlichen Partner abzusehen und deren souveränes Recht, ihre eigenen politischen Entscheidungen zu treffen, umfassend anzuerkennen«. Eine Woche später erwiderte

die russische Staatsduma in einer besonderen Erklärung, dass es die EU-Politiker seien, die direkten politischen Druck in Fragen der ukrainischen Innenpolitik ausübten und »Daumenschrauben« ansetzten. Ferner werde Kiew dazu gezwungen, auf die Souveränität der Ukraine teilweise zu verzichten und seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen praktisch unter Brüsseler Kontrolle zu stellen.

Die Position der ukrainischen Führung

Sowohl die EU als auch Russland betonen: Eine Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der EU und ein gleichzeitiger Beitritt zur Zollunion seien ausgeschlossen; die Ukraine müsse sich entscheiden. Eine solche Entscheidung ist für die Ukraine angesichts ihrer fast zwanzigjährigen Multivektorpolitik besonders schwierig. Dennoch bewertet die ukrainische Elite gegenwärtig die Integration in die künftige Eurasische Union als weniger profitabel als eine weitere Annäherung an die EU. Dafür gibt es sowohl politische, als auch wirtschaftliche Gründe.

So könnte die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU zu einem wichtigen Legitimierungsmoment für das Janukowytsch-Regime werden. Derzeit wird der Präsident von kaum 20% der Bevölkerung unterstützt, und die jüngsten Parlamentswahlen haben gezeigt, was für ein Aufwand (einschließlich Manipulation der Wahlen) nötig war, um der »Partei der Regionen« eine Mehrheit im Parlament zu sichern. Die europäische Integration wird von der Mehrheit der Bevölkerung konsequent unterstützt und ist auch ein wichtiger Wahlprogrammthema der Opposition. So wäre die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU ohne Zweifel Janukowytschs Trumpfkarte bei der nächsten Präsidentschaftswahl. Für die EU würde das bedeuten, dass möglicherweise autoritäre Tendenzen in der Ukraine eingedämmt werden könnten; gleichzeitig würde sie aber indirekt das Janukowytsch-Regime unterstützen.

Das zweite Motiv, warum ukrainische Politiker eine europäische Ausrichtung bevorzugen, ist ökonomisch begründet. Die größte Angst der ukrainischen Oligarchen besteht darin, von russischem Kapital übernommen zu werden. Die Unternehmenskultur ist in den beiden Ländern ähnlich, man befürchtet also die rüden Geschäftsmethoden der reicheren Konkurrenz. Darüber hinaus sind die wirtschaftlichen Strukturen Russlands und der Ukraine sehr ähnlich. Beide Länder sind vor allem Rohstoffexporteure, ihre Industrieprodukte sind international nicht konkurrenzfähig. Im Gegensatz zu Russland haben die EU-Länder kein Interesse an den *low tech*-Unternehmen ukrainischer Oligarchen. Sie wollen vielmehr die neuen Märkte für ihre Hightech-Produkte erschließen. Aus allen diesen Gründen ist für ukrainische Wirtschaftsakteure ein Freihandelsabkommen mit der EU vorteilhafter als eine Zollunion mit Russland.

Der Vilnius-Gipfel

Ob das Assoziierungsabkommen unterzeichnet wird, hängt jetzt stärker von der EU als von der Ukraine ab. Wie erwartet, hat die Ukraine bis zum Vorabend des Vilnius-Gipfels nicht alle »Hausaufgaben« gemacht, die ihr der Europäische Rat im Dezember 2012 aufgegeben hat. Einerseits hat sich Janukowytsch Mühe gegeben, zumindest den Anschein einer Umsetzung von Reformen zu erwecken. So hat er den inhaftierten ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko freigelassen, während das ukrainische Parlament einige »pro-europäische« Gesetze verabschiedete. Auf der anderen Seite ist die EU mit ihrer Forderung nach einer Freilassung von Julia Tymoschenko bei Janukowytsch an eine Grenze gestoßen. Dieses Thema ist für den ukrainischen Präsidenten eine Bedingung, das er nie freiwillig erfüllen wird.

Falls die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens Ende November nicht zustande kommt, ist daran vor allem die ukrainische Regierung und nicht Moskau schuld. Wie bereits angedeutet, hat Russland durch seinen Druck kaum etwas erreicht. Die Ukraine hat auch

während der Handelssanktionen ihre Position zugunsten der Freihandelszone mit der EU nicht verändert. Vielmehr waren die Aussagen ukrainischer Behördenvertreter nach der russischen Handelsblockade zuverlässiger als je zuvor.

Für Janukowytsch wäre die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens am Vorabend der Präsidentschaftswahlen politisch äußerst nachteilig. Um die Kritik der Opposition zu ersticken, würde er voraussichtlich wieder zu autoritären Mitteln greifen. Darüber hinaus geriete die Ukraine in eine außenpolitische Sackgasse. Angesichts ihrer angespannten wirtschaftlichen Lage wäre das für die Ukraine eine sehr gefährliche Situation. Dennoch würde die Ukraine aber wohl keinen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Zollunion stellen. Es könnte allerdings eine Art Wiederannäherung an Russland geben. Die Zollunion ist ein neuer Wirtschaftsakteur im postsowjetischen Raum, zu dem auf jeden Fall Beziehungen aufgebaut werden müssen. Der Ausbau der Beziehungen zur EU würde sich demgegenüber verlangsamen.

Über die Autorin

Katerina Malygina ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«. Sie promoviert über die Instrumentalisierung der Diskurse zur ukrainischen Gaspolitik.

Lesetipps

- Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2013 zum Druck Russlands auf Staaten der Östlichen Partnerschaft im Zusammenhang mit dem anstehenden Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius (2013/2826(RSP)), <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0383+0+DOC+XML+V0//DE>>
- European Parliament Monitoring Mission to Ukraine: Mission statement, from November 13, 2013 (Press Release), <http://www.europarl.europa.eu/the-president/en-de/press/press_release_speeches/press_release/2013/2013-november/html/european-parliament-monitoring-mission-to-ukraine--mission-statement>
- Statement by the Verkhovna Rada of Ukraine »On implementation of European integration aspirations of Ukraine and conclusion of the Association Agreement between Ukraine and the European Union« from February 22, 2013 (unofficial translation) <http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/d-ua/dv/dua_20130313_03_/dua_20130313_03_en.pdf>
- D'Anieri, Paul: Ukrainian foreign policy from independence to inertia., in: Communist and Post-Communist Studies, 45.2012, Nr. 3–4, S. 447–456.
- Deutsche Beratergruppe Ukraine: Russische Zollschiikanen gegen ukrainische Exporteure: Was tun?, 21.8. 2013 (= Newsletter 60/2013 unter: <<http://www.beratergruppe-ukraine.de/index.php?content=publikationen/newsletter>>), 2 S.
- Deutschen Beratergruppe: Russlands wirtschaftlicher Einfluss in der Ukraine: Zu viel des Guten?, Dezember 2012 (= Newsletter der Deutschen Beratergruppe. Ausgabe 52 <<http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2012/Newsletter522012Deutsche%20Beratergruppe.pdf?PHPSESSID=9be758629b6fdd7c902e63458416e655>, 19.12.2012>), 2 S.
- Dragneva, Rilka; Wolczuk, Kataryna: Russia, the Eurasian Customs Union and the EU: Cooperation, Stagnation or Rivalry?, August 2012 (= Chatham House. Briefing Paper. Russia and Eurasia Programme REP BP 2012/01 <http://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/0812bpdragneva_wolczuk.pdf, 3. August 2012>), 16 S.
- Meister, Stefan: Economization versus Power Ambitions: Rethinking Russia's Policy towards Post-Soviet States, DGAP-Schriften zur Internationalen Politik, Nomos-Verlag, September 2013, 154 S. Sadowski, Rafal: Partnership in times of crisis. Challenges for the Eastern European countries' integration with Europe, July 2013 (= OSW Point of View, Number 36 <<http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw36enpartnershipnet.pdf>, 8. August 2013>), 53 S.

Handelspolitik EU – Russland: Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen

Zusammenfassung

Russland ist der zweitgrößte Exportmarkt für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU. Die Handelsbeziehungen in diesem Sektor werden seit 2012 vom SPS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO reguliert. Dieses besagt u. a. dass Mitgliedstaaten, die auf nationaler Ebene abweichende Regelungen einführen, diese wissenschaftlich begründen müssen. Außerdem ist eine selektive Besser- oder Schlechterbehandlung einzelner Staaten nicht zulässig. Russland ist bislang jedoch noch nicht allen von der WTO auferlegten Verpflichtungen nachgekommen. Dies wird auch von europäischer Seite moniert. Die Einfuhrpraxis wird durch bisweilen intransparente und komplexe Vorgaben erschwert. Der partielle Übergang von Kompetenzen auf die Eurasische Union erschwert den Import landwirtschaftlicher Produkte zusätzlich.

Der Handel mit Russland

Im Jahr 2012 beliefen sich die Exporte der EU von Lebensmitteln sowie von Lebendvieh nach Russland auf 8,3 Mrd. €, ein Zuwachs von fast 30% gegenüber dem Vorkrisenniveau von 2008. Damit ist Russland der zweitgrößte Exportmarkt für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU. Bei Tieren und Tierprodukten sowie bei Obst und Gemüse ist Russland sogar der wertmäßig wichtigste Markt für EU-Exporteure. Während Deutschland mit Lebensmittelexporten von gut 1,4 Mrd. € wertmäßig an erster Stelle liegt, sind es vor allem die baltischen Staaten, Finnland und Polen, für die die Ausfuhr von Landwirtschaftserzeugnissen nach Russland in der Gesamtstruktur ihres Außenhandels große Bedeutung hat. Hervorzuheben ist insbesondere Litauen, dessen Lebensmittelexporte nach Russland 2012 mehr als 1 Mrd. € erreichten. Das heißt, dass fast ein Drittel der gesamten litauischen Lebensmittelexporte nach Russland gehen. Sie machen stolze 4,5% der weltweiten Ausfuhren des Landes aus.

Innerhalb der EU sind es daher vor allem die genannten Länder, die ein starkes unmittelbares Interesse an einem transparenten regulatorischen Rahmen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Russland haben. Daran, dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Anfang 2013 eine eigene Stabsstelle »Export Russische Föderation« eingerichtet hat, lässt sich allerdings ablesen, dass die Realität, der sich Unternehmen ausgesetzt sehen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Russland exportieren, oft deutlich hinter dem Ideal eines stabilen und nachvollziehbaren Rechtsrahmens zurückfällt. Daran hat auch der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO im August 2012 nur bedingt etwas verändert.

Mehr Rechtsicherheit durch WTO-Beitritt?

Mit seinem Beitritt zur WTO hat sich Russland auch zur Beachtung des SPS-Abkommens der WTO von 1995 verpflichtet. Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS) sind gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutz-

rechtlicher Art und dienen dem Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen vor Risiken in Zusammenhang mit dem Handel mit tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen. Das SPS-Übereinkommen der WTO setzt die Regeln, denen WTO-Mitglieder folgen müssen, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch machen, nationale Vorschriften im Hinblick auf Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit zu erlassen. Zur Erleichterung des internationalen Handels zielt das Abkommen auf eine Harmonisierung der entsprechenden Regelungen ab.

Eine zentrale Überlegung, die seinerzeit im Rahmen der Uruguay-Runde hinter der Ausarbeitung des SPS-Abkommens stand, war, dem Einsatz nicht-tarifärer Maßnahmen zu de facto protektionistischen oder politischen Zwecken entgegenzuwirken, indem das Abkommen im Detail festlegt, in welchen Grenzen Mitgliedstaaten von ihrem grundlegenden Recht Gebrauch machen dürfen, nationale Maßnahmen in SPS-Belangen zu treffen. Neben Maßnahmen zum Schutz der Menschen vor unsicheren Lebensmitteln sowie tierisch oder pflanzlich übertragenen Krankheiten werden von dem Abkommen auch Maßnahmen zum Schutz von Tier- und Pflanzengesundheit sowie zur Seuchenkontrolle erfasst (nicht aber Maßnahmen des allgemeinen Umwelt- oder Tierschutzes).

Das Abkommen hält die WTO-Mitgliedstaaten dazu an, vorzugsweise Standards und Richtlinien internationaler Organisationen zu nutzen, anstatt selbst auf nationaler Ebene regulierend tätig zu werden. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist der maßgebende internationale Standard etwa der *Codex Alimentarius*, der von einer gemeinsamen Kommission der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) erstellt wird. Weitere Standards der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und der Internationalen Pflanzenschutzkonvention (IPPC) definieren in ähnlicher Weise ein einheitliches internationales Schutzniveau, von dem nur unter den Bedingungen des SPS-Abkommens abgewichen werden soll.

Für den Fall, dass sich Mitgliedstaaten trotzdem entscheiden, auf nationaler Ebene abweichende bzw. strengere Regelungen zu treffen, schreibt das SPS-Abkommen Kriterien fest, um sicherzustellen, dass die handelsbeschränkenden Nebenwirkungen solcher nationaler Vorschriften so gering wie möglich gehalten werden. Das bedeutet erstens, dass Standards nachprüfbar wissenschaftlich begründet sein und Risiken nach transparenten Kriterien bewertet werden müssen. Dabei ist allerdings ein sicherheitsorientierter, dem Vorbeugeprinzip Rechnung tragender Ansatz zulässig.

Zweitens müssen Mitgliedstaaten, wenn mehrere Alternativen der Zielerreichung zur Verfügung stehen, die am wenigsten handelsbeschränkende anwenden. Außerdem gilt auch im Rahmen des SPS-Abkommens das allgemeine Prinzip der WTO, dass Regelungen einheitlich für alle Mitgliedsländer gelten müssen, also keine selektive Besser- oder Schlechterbehandlung von Unternehmen einzelner Länder erlaubt ist.

Schließlich beinhaltet das SPS-Abkommen auch Regelungen, die auf eine bessere internationale Koordination in SPS-Fragen abzielen. Hierzu zählen transparente Verfahren, nach denen in einem anderen Land vorgenommene SPS-Inspektionen anzuerkennen sind, wenn sie ein materiell gleichwertiges Schutzniveau wie im Importland sicherstellen.

Der Ende 2011 finalisierte Bericht der sogenannten WTO *Working Party*, der die Grundlage für die Aufnahme Russlands in die WTO darstellte, dokumentiert umfassend den Anpassungsbedarf, den WTO-Mitglieder zu diesem Zeitpunkt noch in Russlands Außenhandelsregime sahen, um WTO-Konformität sicherzustellen; aufgelistet werden auch die spezifischen Zusagen und Verpflichtungen, die Russland in dieser Hinsicht mit dem Beitritt auf sich genommen hat. Ein Beispiel für eine solche SPS-spezifische Verpflichtung ist etwa die russische Zusage, eine wissenschaftliche Rechtfertigung für die strengen nationalen Grenzwerte von Rückständen des in der Tierzucht angewandten Breitbandantibiotikums Tetracyclin vorzulegen bzw. eine Anpassung an die Grenzwerte des *Codex Alimentarius* vorzunehmen. Bislang ist das noch nicht in zureichendem Maße geschehen. Die Einschätzungen der westlichen Handelspartner darüber, ob anderthalb Jahre nach dem WTO-Beitritt tatsächlich eine substantielle Konvergenz der in Russland geltenden SPS-Bestimmungen und auch der Anwendungspraxis festzustellen ist, sind jedoch in der großen Mehrzahl kritisch.

Gegenwärtige Kritikpunkte der EU betreffen u. a. diverse russische Importbeschränkungen für in Europa produziertes Fleisch und Milchprodukte. So hat bereits im Dezember 2012 der EU-Handelskommissar Karel de Gucht die Maßnahmen Russlands, die den Import von

Lebendfleisch und Schweinefleisch betreffen, mit dem Hinweis verurteilt, dass es sich hierbei um eine übermäßig strikte Gesetzeslage für Nahrungsmittelsicherheit handle, die in erster Linie die russischen Produzenten, und nicht die Konsumenten schütze. Zudem erweckte das Agieren Russlands wiederholt den Eindruck, zwar nicht in der Rechtssetzung, so aber in der Rechtsanwendung im SPS-Bereich eine Politik der selektiven Schlechterbehandlung einzelner Länder zu verfolgen [vgl. den Beitrag von J. Vosswinkel in dieser Russland-Analyse]. Von Seiten der USA betreffen weitere Kritikpunkte Schwierigkeiten bei der Zertifizierung bestimmter landwirtschaftlicher Produkte wie Sojabohnen oder Maisgluten: Für die russischen Zertifizierungsanforderungen gebe es keine ausreichende wissenschaftliche Begründung.

Komplexe Zuständigkeiten in Moskau

Zusätzliche Herausforderungen für europäische Lebensmittelexporteure nach Russland ergeben sich auch daraus, dass auf russischer Seite die verschiedenen Regulierungs- bzw. Kontrollkompetenzen im SPS-Bereich auf diverse staatliche Institutionen verteilt sind. Daraus ergibt sich für die Unternehmen ein hoher Aufwand beim Monitoring von Regulierungsänderungen sowie ein erhöhtes Risiko inkonsistenter oder verwirrender Regelungen. Das wird auch nicht durch die Tatsache kompensiert, dass die WTO-Mitgliedsländer laut SPS-Abkommen zur Optimierung des Informationsaustausches nationale Kontaktstellen einzurichten und Änderungen ihrer SPS-Regularien vorab bei der WTO mitzuteilen haben, um so anderen Ländern die Möglichkeit zu Kommentaren zu geben.

Mit Gründung der Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus ist das Kompetenzgeflecht im SPS-Bereich noch komplexer geworden. Seit Mitte 2010 liegt die vorrangige Regelungskompetenz für SPS-Themen bei der Zollunion. Nationale Vorschriften behalten damit nur insoweit ihre Gültigkeit, als sie denen der Zollunion nicht widersprechen sollen. Die Kommission der Zollunion als Exekutivorgan der Organisation hat ein Koordinationskomitee auf stellvertretender Ministerebene eingerichtet, das für den Bereich technische Regulierung und die SPS-Anwendungspraxis zuständig ist. Es wird wiederum von einer hochrangigen Expertengruppe sowie einer Reihe von Arbeitsgruppen auf Fachebene unterstützt. Die Schaffung gemeinsamer, WTO-konformer Vorschriften der Zollunion bzw. die entsprechende Anpassung noch gültiger nationaler Regelungen ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Implementierung der SPS-Vorschriften liegt dagegen weiterhin voll bei den nationalen Behörden. In Russland teilt sich hierbei die Zuständigkeit zwischen dem Föderalen Dienst für veterinäre und phy-

tosanitäre Kontrolle (»Rosselchosnadsor«) und der Verbraucherschutzbehörde »Rosspotrebnadsor« auf. »Rosselchosnadsor« untersteht dem russischen Ministerium für Landwirtschaft, während »Rosselchosnadsor« im Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit und soziale Entwicklung angesiedelt ist.

Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den beiden Behörden ist komplex und kann hier nur in Ansätzen dargestellt werden. In die Zuständigkeit von »Rosselchosnadsor« fallen etwa die Kontrolle importierter Lebensmittel in Bezug auf Rückstände von Pestiziden und pharmazeutischen Substanzen, alle Maßnahmen im

Zusammenhang mit Tierseuchenprävention und -kontrolle sowie der Quarantäne und des Schutzes von Pflanzen. »Rosselchosnadsor« erstellt unter anderem auch die Listen zertifizierter Produzenten, deren Produkte überhaupt nach Russland eingeführt werden dürfen. Zu den Kompetenzen von »Rosspotrebnadsor« gehören dagegen die Regulierung und Kontrolle von Zusatzstoffen in Lebensmitteln, sowie Hygiene- und epidemiologische Kontrollen bei der Einfuhr, einschließlich der Möglichkeit, Importbeschränkungen zu verhängen.

Zusammengestellt nach offiziellen Dokumenten.

Redaktion: Stefanie Harter

Lesetipps

- The WTO Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures (SPS Agreement); <http://www.wto.org/english/tratop_e/sps_e/spsagr_e.htm>.
- Report of the Working Party on the Accession of the Russian Federation to the World Trade Organization, 17. 11. 2011; <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/FE_Search/FE_S_S009-DP.aspx?language=E&CatalogueIdList=93977,95157,93972,99239,92822,51492,90051,44104,109775,104097&CurrentCatalogueIdIndex=1&FullTextSearch=>>
- Hones, Bernd: Russland erfindet immer neue Importhürden, in: Germany Trade and Invest, 19. 9. 2013; <<https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=882594.html>>

ANALYSE

Wandel durch Handel à la Onischtschenko

Wie Russlands oberster Verbraucherschützer/Sanitärarzt Außenpolitik betrieb

Johannes Voswinkel, Moskau

Zusammenfassung

Am 23. Oktober musste der Chef der föderalen Aufsichtsbehörde für Verbraucherschutz und Gesundheit (»Rosspotrebnadsor«), Gennadij Onischtschenko, überraschend zurücktreten. Die Analyse zeigt, wie der 63-jährige Onischtschenko in den mehr als neun Jahren seiner Amtszeit den Verbraucherschutz systematisch zu einem Instrument der Außenpolitik Russlands ausbaute. Bei vielen seiner sogenannten »Handelskriege« gegen Georgien, die Republik Moldau, die Ukraine, die Europäische Union, die USA oder Litauen sind politische Motive deutlich erkennbar, wenngleich er sie immer abgestritten hat. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO, der Russland zum 22. August 2012 beigetreten ist, wird dem außenpolitisch motivierten, aggressiven Vorgehen von »Rosspotrebnadsor« zusehends Grenzen setzen. Ob Onischtschenkos Abgang allerdings eine Entpolitisierung der russischen Handelspolitik bedeutet, ist noch offen.

Der »Hygiene-Führer«

Wer, fragen sich Spötter in Moskau, wird nach dem erzwungenen Rücktritt des Gennadij Onischtschenko künftig die Außenpolitik gestalten? Russlands oberster Arzt und Verbraucherschützer, zuständig für das »sanitär-epidemiologische Wohlergehen der Bevölkerung« und die Rechte der Verbraucher, musste am 23. Oktober sein Amt aufgeben. Seit März 2004 ist er mehr als nur ein ministerieller Seuchenverwalter an der Spitze von »Rosspotreb-

nadsor« gewesen. Unter graugesichtigen Staatsfunktionären stach er durch Showtalent und die Gabe hervor, originelle bis abstruse Redewendungen zu prägen. Eine Lachnummer war Onischtschenko allerdings nicht: Die Tabakindustrie und Alkoholproduzenten erschauerten vor dem Kämpfer für die Volksgesundheit. Onischtschenko schwankte zwischen Idealismus, Selbstgerechtigkeit und einem Dogmatismus, der ihm unter russischen Journalisten den Spitznamen »Hygiene-Führer« einbrachte.

Als loyaler Helfer Wladimir Putins unterstützte Onischtschenko nicht nur im Inneren Russlands treu die Politik des Kremls, indem er im Sommer 2010 die Folgen der verheerenden Waldbrände kleinredete und im Winter 2012 »aus Gesundheitsgründen« von der Teilnahme an Demonstrationen der Opposition abriet. Er diente auch der russischen Außenpolitik. Die Liste seiner Importverbote für ausländische Waren seit 2006 liest sich wie ein Überblick über die außenpolitischen Verärgerungen der russischen Führung. Onischtschenko personifiziert die »Handelskriege« des erstarkten Russlands. Zwar gab es Handelseinverständnisse schon früher, etwa im Jahr 2002, als Russland mit dem Verbot von Hühnerimporten aus den USA auf die geplante Erhöhung der amerikanischen Importzölle für Stahl reagierte. Aber sie waren vorwiegend ökonomisch begründet. Erst in der Amtszeit Onischtschenkos traten politische Motive in den Vordergrund.

Moldau, Georgien, Transnistrien und Belarus

Am 21. März 2006 verkündete Onischtschenko, dass georgische und moldauische Weine giftige Substanzen wie das Insektizid DDT enthielten. Vier Tage später besiegelte er ein totales Importverbot für Weine aus beiden Ländern – ein schwerer Schlag für deren Volkswirtschaften. Etwa 85 Prozent der moldauischen und 80 Prozent der georgischen Weinproduktion gingen damals nach Russland. Moldaus Budget beruhte zu 40 Prozent auf der Weinwirtschaft. .

Der politische Subtext war offensichtlich: Kurz vor dem Wein-Bann hatten sich die Beziehungen Russlands zu Georgien und Moldau erheblich verschlechtert. Georgiens Präsident Michail Saakaschwili erklärte die Nato-Mitgliedschaft seines Landes als Ziel, was Russland nicht dulden wollte. Auch Moldaus Präsident Wladimir Woronin sprach von einer Integration in die Europäische Union und die Nato. Russlands Gazprom forderte als Gegenmaßnahme eine radikale Preiserhöhung für Gas ein und hatte sogar kurzzeitig die Lieferungen nach Moldau gestoppt. Die russisch-moldauischen Beziehungen verschlechterten sich zudem im Streit über die abtrünnige moldauische Republik Transnistrien, die von Russland unterstützt wird. Die »orangene« Regierung in der Ukraine hatte am 3. März zur Freude Moldaus das Grenzregime zu Transnistrien verschärft, um vor allem den für Transnistrien einträglichen Schmuggel zu unterbinden. Russland entschloss sich zum Weinboycott. Seine Hygiene- und Lebensmittelbestimmungen wurden zum Instrument der Außenpolitik.

Der russisch-georgische Krieg im August 2008 brachte das bilaterale Verhältnis auf einen Tiefstand. Die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen.

Noch im August 2011 verkündete Onischtschenko misswillig, landwirtschaftliche Importe aus Georgien seien für Russland genauso interessant wie die aus Burkina Faso. Doch ein Jahr später änderte sich der Ton. Es zeichnete sich für die Parlamentswahl am 1. Oktober 2012 ein Wahlsieg des Oppositionsbündnisses »Georgischer Traum« von Bidsina Iwanischwili ab, der sich um einen Ausgleich mit Russland bemühen wollte. Mitte September verkündete Onischtschenko, dass der Kreml eine Wiedezulassung georgischer Weine erwäge. »Georgischer Traum« gewann die Mehrheit, und im Frühjahr 2013 endete nach gut sieben Jahren das Importverbot – aber nur auf Bewährung. Denn im Juli beschuldigte Onischtschenko die Vereinigten Staaten, in Georgien Biowaffen zu produzieren. Moskau könne, so Onischtschenko, als Reaktion auf diese Bedrohung gezwungen sein, die Einfuhr georgischen Weins zu beschränken.

Der Weinimportstopp gegen Moldau wurde bereits im Oktober 2007 aufgehoben, nachdem es dem moldauischen Präsidenten Woronin gelungen war, das gestörte Verhältnis zu seinem Amtskollegen Putin zu verbessern. 2008 ging Woronin öffentlich auf Distanz zum Bündnis der westorientierten Ex-Sowjetrepubliken der GUAM-Organisation, der Moldau angehörte. Zum GUAM-Gipfeltreffen im georgischen Batumi im Juli reiste Woronin als freundschaftliche Geste gen Moskau gar nicht mehr an. Doch Importverbote blieben ständige Begleiter der Beziehungen Russlands zu Moldau. Im April 2010 erwog Onischtschenko öffentlich eine Überprüfung der »minderwertigen« Weine aus Moldau, nachdem der moldauische Präsident Mihai Ghimpu sich geweigert hatte, an der Siegesparade auf dem Roten Platz in Moskau teilzunehmen. Am 30. Juni kündigte Onischtschenko eine Verschärfung der Regeln für den Import moldauischen Weins an. Tage zuvor hatte Präsident Ghimpu Moskau verärgert, indem er den 28. Juni zum nationalen Trauertag über die sowjetische Annexion Moldaus 1940 erklärte und den Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien forderte. Im Oktober 2011 kündigte Onischtschenko erneut ein Importverbot für Moldau an – diesmal allerdings hatte er Cognac aus Transnistrien im Visier. Dort bereitete sich der seit 20 Jahren herrschende Präsident Igor Smirnow auf eine weitere Amtszeit vor. Russland aber setzte auf einen jüngeren Kandidaten.

Im Jahr 2009 wurde Belarus von einem Importstopp Onischtschenkos getroffen: Nach dem 6. Juni verbot Rospotrebnadsor wegen unzureichender Dokumente die Einfuhr von mehr als 500 Milchprodukten aus dem Nachbarland. Am Tag zuvor hatte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka verkündet, Russland habe Belarus für die Anerkennung der Souveränität der abtrünnigen georgischen Republiken Abcha-

sien und Südossetien einen Kredit über 500 Millionen Dollar geboten. Kurz davor wiederum hatte Moskau einen Kredit verweigert. Knapp zwei Wochen später beendete Russland den Bann auf belarussische Milchprodukte. Im August 2013 drohte Onischtschenko ihn jedoch erneut an. Zuvor hatte Minsk im Konflikt um das Auseinanderbrechen der Firmenkooperation zwischen Belaruskali und dem russischen Unternehmen Uralkali den Firmenchef von Uralkali verhaftet.

»Lebensmittel-Patriotismus« und Außenpolitik

Nicht immer verbot Onischtschenko die Einfuhr ausländischer Waren primär aus außenpolitischen Gründen. Es ging auch um ökonomische Vorteile und Binnenwirtschaftspolitik: Vom 1. Januar 2010 an verbot Russland die Einfuhr US-amerikanischer Hühnchen. Experten vermuteten Protektionismus als Hauptmotiv. Die Unterstützung einheimischer Produzenten hat Onischtschenko, der »Lebensmittel-Patriotismus« pries und Burger und Sushi als unrusisch ablehnte, immer am Herzen gelegen. Schon im September 2009 hatte er Milchproduzenten in Russland gescholten, weil sie den Importstopp für belarussische Produkte nicht genutzt hätten, um ihren Marktanteil zu erhöhen. Noch im Januar 2010 gab Premierminister Putin das Ziel aus, im Jahr 2015 ohne Hühnerimporte auszukommen. Onischtschenkos Einfuhrstopp half bei der Umsetzung: Neun Monate später stellte Putin zufrieden fest, dass die Hühner-Importe aus den USA von 1,5 Millionen auf 300.000 Tonnen gefallen seien.

Die meisten der spektakulären Entscheidungen Onischtschenkos aber reagierten augenscheinlich auf außenpolitische Konflikte: Der EU-Russland-Gipfel im Juni 2011 ging als »Gurken-Gipfel« in die Geschichte ein. Russland hatte zuvor die Einfuhr von Gemüse aus der Europäischen Union wegen einer möglichen Verseuchung mit E. coli-Bakterien verboten. Obwohl Russlands Befürchtungen vor verseuchten Einfuhren verständlich war, spiegelte die drastische Maßnahme doch das schwierige Verhältnis der Partner wider: Die russische Regierung war verärgert über die Ignoranz, auf die Präsident Medwedews Initiative für eine europäische Sicherheitsarchitektur in Europa gestoßen war. Zudem hakten die Verhandlungen über ein vereinfachtes Visumsregime. Eine Resolution des Europaparlaments, die einen russischen Truppenabzug aus Abchasien und die Genehmigung von *gay parades* einforderte, spitzte den Konflikt noch zu.

Im November 2011 schlug Onischtschenko vor, alle tadschikischen Gastarbeiter wegen der möglichen Verbreitung von Krankheiten aus Russland zu verbannen. Zuvor hatte ein Gericht in Tadschikistan einen russi-

schen Piloten wegen angeblichen Schmuggels und illegalen Grenzübertritts zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Pilot kam bald darauf frei. Anfang Januar 2013 belegte Onischtschenko US-Fleischimporte mit einem Bann. Die antiamerikanische Stimmung in Russland hatte damals einen Höhepunkt erreicht, nachdem Präsident Barack Obama im Dezember 2012 die Magnizkij-Liste mit einem Einreiseverbot für gut ein Dutzend russische Staatsbürger, die Menschenrechte verletzt haben sollen, unterschrieben hatte. Russland reagierte mit einem Gesetz, das US-Bürgern die Adoption russischer Kinder verbot, und mit diesem Importstopp.

Über mehr als ein Jahr lang warf zudem der Vilnius-Gipfel am 28./29. November seine Schatten voraus. In der litauischen Hauptstadt sollen mehrere frühere Sowjetrepubliken, darunter die Ukraine und Moldau, ein Assoziierungsabkommen mit der EU abschließen. Im September verbot Onischtschenko erneut die Einfuhr moldauischer Alkoholika. Anfang 2012 hatte er schon die Käseprodukte dreier ukrainischer Produzenten ausgesperrt. Ukrainische Politiker erkannten darin den Versuch, die Ukraine in Russlands Zollunion mit Belarus und Kasachstan zu treiben. Im Juli dieses Jahres verbot Onischtschenko Konfekt des ukrainischen Unternehmens »Roschen«, zuerst wegen »Gesundheitsgefährdung«, dann wegen einer angeblich unzureichenden Auflistung aller Bestandteile auf der Packung. Sogar Gipfelgastgeber Litauen, das dem EU-Rat vorsitzt, wurde mit einem Importstopp für Milchprodukte bedacht. Litauen hatte schon vor einem Jahr den Unwillen Moskaus mit der Entscheidung hervorgerufen, ein Gerichtsverfahren gegen Gazprom wegen überhöhter Gaspreise anzustrengen. Wegen Russlands Importverbot will die litauische Regierung die Welthandelsorganisation WTO anrufen.

Onischtschenkos Ablösung

Die Handelsverbote, die Onischtschenko anstrebte, wirkten zumeist wie spontane Maßnahmen, die keiner Strategie folgten und ohne eine Analyse ihrer Folgen getroffen wurden. Oft waren sie unklug und kontraproduktiv, da sie in den betroffenen Ländern eine Trotzreaktion auslösten. Doch das muss nicht der Grund für das abrupte Ende der Dienstzeit Onischtschenkos gewesen sein. Wie meist bei Moskaus Personalrochaden gibt es offiziell nur formelhafte Erklärungen. Manche Kommentatoren halten einen Konflikt hinter den Kulissen zwischen den konkurrierenden Aufsichtsbehörden Rospotrebnadsor und Rosselchhosnadsor, das für die Veterinär- und Pflanzenkontrolle zuständig ist, für eine Erklärung. Andere spekulieren über ein gestörtes Verhältnis Onischtschenkos zum Regierungschef Medwedew. Onischtschenko habe nur auf Putin gehört und

mit seinen Handelsattacken gegen andere Länder Medwedew aufgebracht.

Manche Moskauer Analytiker setzen nun auf Onischtschenkos Nachfolgerin, seine frühere Stellvertreterin Anna Popowa. Doch die Hoffnung auf ein Ende der Vermischung von Sanitär- und Außenpolitik und eine Handelspolitik, die besser auf die Anforderungen einer Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation

WTO angepasst ist, könnte trügerisch sein. Anfang Oktober, auf dem Höhepunkt der diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen den Niederlanden und Russland, profilierte sich bereits Onischtschenkos Konkurrenzbehörde Rosselchhosnadsor ganz in seinem Geiste: Sie erwog plötzlich das Verbot holländischer Tulpen – wegen ihrer »unbefriedigenden Qualität«.

Über den Autor

Johannes Voswinkel hat als Russland-Korrespondent vom August 1998 bis zum Dezember 2001 für den STERN und vom Februar 2002 bis zum August 2013 für DIE ZEIT aus den ehemaligen Republiken der Sowjetunion berichtet. Seit vier Monaten arbeitet er als freier Korrespondent und Autor in Moskau.

STATISTIK

Russlands Handel mit Partnern in der EU und im postsowjetischen Raum

Tabelle 1: Gesamtexporte der 27 EU-Länder nach Russland, 2003 – 2012, in Mio. Euro

	2003	2008	2009	2010	2011	2012	Jan.–Sept. 2013	2012 zu 2003	2012 zu 2008	2012 (in % zu EU 27)
EU 27	37.205,5	104.843,1	65.586,7	86.133,0	108.357,5	123.053,5	90.045,1	330,74 %	117,37 %	100,00 %
Deutschland	12.119,1	32.270,4	20.609,2	26.269,6	34.378,2	37.976,2	27.445,1	313,36 %	117,68 %	30,86 %
Italien	3.846,9	10.468,3	6.431,9	7.906,0	9.305,2	9.979,4	8.055,9	259,41 %	95,33 %	8,11 %
Frankreich	2.822,7	7.003,6	5.006,5	6.317,8	7.484,1	9.145,4	5.993,1	323,99 %	130,58 %	7,43 %
Niederlande	2.935,0	7.143,8	4.571,3	5.926,4	7.097,6	8.301,1	6.135,7	282,83 %	116,20 %	6,75 %
Polen	1.341,8	6.041,1	3.593,6	5.042,1	6.079,7	7.724,3	6.059,6	575,67 %	127,86 %	6,28 %
Finnland	3.505,4	7.618,1	4.028,1	4.715,9	5.336,8	5.687,7	3.983,7	162,26 %	74,66 %	4,62 %
Vereinigtes Königreich	1.960,4	4.923,7	2.471,3	3.617,6	4.778,1	5.574,0	3.426,7	284,33 %	113,21 %	4,53 %
Belgien	1.307,0	3.621,9	2.258,7	3.456,8	4.688,6	5.419,5	4.003,6	414,65 %	149,63 %	4,40 %
Tschechische Republik	516,0	2.910,8	1.877,3	2.672,7	3.758,5	4.695,8	3.293,7	910,04 %	161,32 %	3,82 %
Litauen	548,5	2.582,4	1.562,3	2.449,8	3.340,1	4.355,0	3.522,2	793,98 %	168,64 %	3,54 %
Österreich	1.292,2	3.421,0	2.339,7	2.872,6	3.559,3	4.058,5	3.255,1	314,08 %	118,63 %	3,30 %
Spanien	810,1	2.802,7	1.446,1	1.952,8	2.526,3	2.930,4	2.158,5	361,73 %	104,56 %	2,38 %
Schweden	1.237,0	3.023,0	1.321,3	2.194,6	3.057,5	2.720,4	1.945,6	219,92 %	89,99 %	2,21 %
Slowakei	235,6	1.810,6	1.415,5	1.932,2	2.089,6	2.637,9	1.895,5	1.119,65 %	145,69 %	2,14 %
Ungarn	578,1	2.665,6	2.124,0	2.569,0	2.586,2	2.564,9	1.913,6	443,68 %	96,22 %	2,08 %
Lettland	137,5	1.011,3	719,9	1.098,7	1.642,6	1.970,1	1.228,3	1.432,80 %	194,81 %	1,60 %
Dänemark	742,8	1.386,4	1.037,5	1.268,1	1.516,3	1.543,8	1.186,7	207,84 %	111,35 %	1,25 %
Estland	155,8	880,4	601,1	844,4	1.312,3	1.511,5	1.028,7	970,15 %	171,68 %	1,23 %
Slowenien	347,5	1.117,1	681,7	767,7	969,2	1.151,3	894,4	331,31 %	103,06 %	0,94 %
Rumänien	46,1	609,9	514,9	831,1	1.018,1	1.049,5	1.011,0	2.276,57 %	172,08 %	0,85 %
Irland	251,4	318,9	219,9	342,0	499,5	600,4	481,1	238,82 %	188,27 %	0,49 %
Bulgarien	93,1	412,6	293,5	441,4	542,1	562,2	429,7	603,87 %	136,26 %	0,46 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Gesamtexporte der 27 EU-Länder nach Russland, 2003 – 2012, in Mio. Euro
(Fortsetzung)**

	2003	2008	2009	2010	2011	2012	Jan.–Sept. 2013	2012 zu 2003	2012 zu 2008	2012 (in % zu EU 27)
Griechenland	285,0	427,9	237,8	325,0	411,9	467,7	311,1	164,11 %	109,30 %	0,38 %
Luxemburg	39,7	160,2	112,4	178,5	220,4	188,9	124,0	475,82 %	117,92 %	0,15 %
Portugal	39,6	191,3	95,7	120,0	139,6	182,0	207,5	459,60 %	95,14 %	0,15 %
Malta	0,0	1,8	2,0	0,7	0,9	36,0	35,1	-	2.000,00 %	0,03 %
Zypern	11,2	18,5	13,4	19,5	18,6	19,4	19,7	173,21 %	104,86 %	0,02 %

Quelle: Eurostat: EU27 Trade Since 1988 By SITC [DS-018995]. Letzter Zugriff am 19. November 2013.

Tabelle 2: Auswahl an Exportwaren anhand des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITEC)

Export von Nahrungsmitteln und lebenden Tieren (SITEC Teil 0) von ausgewählten EU-Ländern nach Russland, 2003 – 2012, in Mio. Euro

	2003	2008	2009	2010	2011	2012	2012 zu 2003	2012 zu 2008
EU 27	3.189,1	6.433,1	5.285,3	7.083,9	7.759,4	8.286,7	259,84 %	128,8 %
Deutschland	601,2	1.221,2	1.006,6	1.392,9	1.483,1	1.438,0	239,19 %	117,8 %
Litauen	105,2	664,1	489,0	666,7	831,6	1.032,9	981,84 %	155,5 %
Polen	289,7	448,3	533,0	713,8	749,3	999,7	345,08 %	223,0 %
Niederlande	467,2	986,1	759,3	950,7	911,9	778,6	166,65 %	79,0 %
Spanien	175,5	348,7	275,9	433,1	539,4	651,8	371,40 %	186,9 %
Frankreich	229,3	413,2	334,0	406,2	435,7	473,6	206,54 %	114,6 %
Dänemark	185,1	406,1	334,4	409,4	487,5	447,2	241,60 %	110,1 %
Belgien	207,0	409,8	308,0	437,6	417,3	401,7	194,06 %	98,0 %
Italien	115,5	295,8	205,4	290,5	354,3	396,0	342,86 %	133,9 %
Finnland	180,9	298,1	249,9	317,2	356,5	379,9	210,01 %	127,4 %
Lettland	43,1	93,5	94,0	108,7	123,2	121,8	282,60 %	130,3 %
Estland	10,6	64,7	88,8	125,6	110,2	100,1	944,34 %	154,7 %

Export von Fleisch und Zubereitungen von Fleisch (SITEC 01) von ausgewählten EU-Ländern nach Russland, 2003 – 2012, in Mio. Euro

EU 27	574,0	1.099,2	886,2	1.266,4	1.425,4	1.435,4	250,07 %	130,6 %
Deutschland	116,8	290,2	298,4	456,0	450,0	370,9	317,55 %	127,8 %
Spanien	53,3	133,5	81,0	127,8	180,9	240,7	451,59 %	180,3 %
Dänemark	48,7	169,3	155,7	182,2	195,1	177,6	364,68 %	104,9 %
Frankreich	77,4	151,6	124,0	119,6	118,2	108,5	140,18 %	71,6 %
Polen	76,8	22,2	6,9	42,5	55,9	99,3	129,30 %	447,3 %
Litauen	0,3	38,5	25,6	42,4	83,8	93,7	31.233,33 %	243,4 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Auswahl an Exportwaren anhand des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITEC) (Fortsetzung)

	2003	2008	2009	2010	2011	2012	2012 zu 2003	2012 zu 2008
--	------	------	------	------	------	------	--------------	--------------

Export von Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier (SITEC 02) von ausgewählten EU-Ländern nach Russland, 2003 – 2012, in Mio. Euro

EU 27	440,8	824,9	668,3	1.208,4	1.132,6	1.277,7	289,86 %	154,9%
Deutschland	181,8	230,5	170,3	342,5	296,1	312,7	172,00 %	135,7%
Finnland	89,5	158,0	136,1	206,4	219,0	240,7	268,94 %	152,3%
Niederlande	36,1	98,8	82,2	136,3	155,8	187,4	519,11 %	189,7%
Litauen	33,7	129,4	98,5	131,8	145,5	162,0	480,71 %	125,2%
Polen	19,0	36,0	26,9	79,4	52,9	85,5	450,00 %	237,5%
Frankreich	21,1	72,1	59,3	101,0	77,4	79,9	378,67 %	110,8%
Dänemark	6,8	14,1	21,1	31,1	41,2	46,9	689,71 %	332,6%
Italien	3,8	17,8	16,6	21,3	31,2	39,1	1.028,95 %	219,7%
Estland	0,4	16,7	21,2	55,7	34,5	35,3	8.825,00 %	211,4%
Lettland	0,3	10,2	6,0	17,6	19,8	19,2	6.400,00 %	188,2%

Export von Getränken (SITEC 11) von ausgewählten EU-Ländern nach Russland, 2003 – 2012, in Mio. Euro

EU 27	287,6	981,9	649,5	951,5	1.203,2	1.462,1	508,38 %	148,9%
Lettland	2,1	122,7	88,6	196,6	287,6	477,1	22.719,05 %	388,8%
Litauen	0,3	65,5	50,6	81,8	118,9	169,1	56.366,67 %	258,2%
Frankreich	99,8	173,7	108,2	138,1	122,3	159,1	159,42 %	91,6%
Italien	63,0	107,5	94,0	144,0	163,7	149,0	236,51 %	138,6%
Deutschland	30,5	112,3	88,9	114,3	139,4	148,4	486,56 %	132,1%
Estland	0,3	105,2	48,7	66,1	95,0	119,3	39.766,67 %	113,4%

Quelle: Eurostat: EU27 Trade Since 1988 By SITC [DS-018995]. Letzter Zugriff am 19. November 2013.

Tabelle 3: Exporte der EU-Mitgliedsstaaten nach Russland und Anteil am Gesamtexport Internationaler Handel der EU, des Euroraums und der Mitgliedsstaaten nach SITC Produktgruppen [ext_lt_intertrd]

Russlandexport an Gesamtexport, in %	2003	2006	2008	2009	2010	2011	2012
EU27	1,34 %	1,98 %	2,60 %	1,99 %	2,21 %	2,48 %	2,73 %
Deutschland	1,82 %	2,62 %	3,28 %	2,57 %	2,77 %	3,25 %	3,47 %
Niederlande	1,12 %	1,48 %	1,65 %	1,28 %	1,37 %	1,48 %	1,63 %
Frankreich	0,81 %	1,19 %	1,67 %	1,44 %	1,60 %	1,75 %	2,07 %
Italien	1,45 %	2,30 %	2,84 %	2,20 %	2,34 %	2,48 %	2,56 %
Vereinigtes Königreich	0,73 %	0,83 %	1,53 %	0,97 %	1,15 %	1,31 %	1,52 %
Belgien	0,58 %	0,96 %	1,13 %	0,85 %	1,12 %	1,37 %	1,56 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Exporte der EU-Mitgliedsstaaten nach Russland und Anteil am Gesamtexport Internationaler Handel der EU, des Euroraums und der Mitgliedsstaaten nach SITC Produktgruppen [ext_lt_intertrd] (Fortsetzung)

Russlandexport an Gesamtexport, in %	2003	2006	2008	2009	2010	2011	2012
Spanien	0,59 %	0,88 %	1,46 %	0,89 %	1,02 %	1,15 %	1,28 %
Polen	2,82 %	4,28 %	5,21 %	3,67 %	4,18 %	4,48 %	5,41 %
Schweden	1,37 %	1,64 %	2,43 %	1,41 %	1,83 %	2,28 %	2,03 %
Österreich	1,50 %	2,28 %	2,78 %	2,38 %	2,50 %	2,79 %	3,13 %
Tschechische Republik	1,20 %	1,99 %	2,92 %	2,32 %	2,66 %	3,21 %	3,85 %
Irland	0,31 %	0,33 %	0,37 %	0,26 %	0,39 %	0,55 %	0,66 %
Dänemark	1,26 %	1,74 %	1,74 %	1,54 %	1,74 %	1,89 %	1,88 %
Ungarn	1,52 %	2,70 %	3,61 %	3,57 %	3,57 %	3,21 %	3,17 %
Slowakei	1,22 %	1,65 %	3,74 %	3,52 %	3,96 %	3,64 %	4,16 %
Finnland	7,46 %	10,12 %	11,62 %	8,94 %	8,99 %	9,39 %	10,00 %
Portugal	0,14 %	0,30 %	0,49 %	0,30 %	0,32 %	0,33 %	0,40 %
Rumänien	0,30 %	1,16 %	1,81 %	1,77 %	2,22 %	2,25 %	2,33 %
Griechenland	2,41 %	1,85 %	2,01 %	1,35 %	1,54 %	1,69 %	1,69 %
Slowenien	3,08 %	4,23 %	4,81 %	3,63 %	3,49 %	3,88 %	4,60 %
Litauen	8,91 %	12,74 %	16,06 %	13,24 %	15,65 %	16,58 %	18,88 %
Bulgarien	1,40 %	1,56 %	2,71 %	2,51 %	2,84 %	2,68 %	2,70 %
Luxemburg	0,34 %	0,70 %	0,92 %	0,73 %	1,20 %	1,40 %	1,25 %
Estland	3,89 %	7,84 %	10,39 %	9,27 %	9,66 %	10,92 %	12,04 %
Lettland	5,38 %	11,45 %	14,66 %	13,04 %	15,28 %	17,41 %	17,93 %
Malta	0,00 %	0,08 %	0,08 %	0,10 %	0,03 %	0,03 %	1,09 %
Zypern	2,66 %	1,56 %	1,67 %	1,49 %	1,84 %	1,42 %	1,43 %

Auf Basis der Angaben bei Eurostat <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/international_trade/introduction>

Tabelle 4: Außenhandel der Russischen Föderation mit zentralen Ländern und Ländergruppen (in Mio. US-Dollar), Januar – September 2012 und Januar – September 2013

	Januar – September 2012		Januar – September 2013		Wachstumsrate in %
	Import	Anteil am Handelsumsatz in %	Import	Anteil am Handelsumsatz in %	
Gesamt	227.724,7	100,0 %	231.675,2	100,0 %	101,7 %
EU	94.501,6	48,5 %	96.963,5	49,7 %	102,6 %
Lettland	495,0	1,1 %	601,6	1,4 %	121,5 %
Litauen	871,1	0,8 %	853,3	0,9 %	98,0 %
Estland	591,1	0,5 %	550,2	0,6 %	93,1 %
GUS	31.380,1	14,7 %	30.471,7	13,4 %	97,1 %
Ukraine	13.371,4	5,5 %	11.861,3	4,6 %	88,7 %
Moldau	307,8	0,2 %	281,0	0,2 %	91,3 %
Belarus	9.352,3	4,7 %	9.321,3	3,9 %	99,7 %
Georgien	28,5	0,1 %	71,6	0,1 %	251,2 %

Quelle: Föderaler Zolldienst, unter: <<http://www.customs.ru>>. Letzter Zugriff am 20. November 2013.

Tabelle 5: Exporte aus der Ukraine, Georgien, Belarus und Moldau nach Russland und ausgewählte Warengruppen (in Euro)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ukrainische Exporte in die Russische Föderation										
Gesamt	3.808.372,07	4.682.884,53	6.014.018,36	6.886.277,28	9.242.047,42	10.694.520,17	6.091.121,15	10.115.226,46	14.229.761,15	13.709.636,96
Russlandexport in % an Gesamt- export	18,69 %	17,83 %	21,88 %	22,55 %	25,70 %	23,50 %	21,40 %	26,12 %	28,98 %	25,67 %
Fleisch und Zu- bereitungen von Fleisch	213.265,25	142.482,81	123.960,47	4.889,26	69.358,70	42.268,36	42.674,40	35.051,92	90.111,16	176.727,92
Milch und Milch- erzeugnisse; Vogeleier; Honig; tierische Erzeug- nisse	147.033,98	244.418,29	333.141,71	111.344,88	190.651,25	255.764,00	187.532,16	301.436,74	318.192,69	276.842,66
Getreide	19.204,50	51.201,29	15.037,07	24.855,46	8.926,54	63.311,13	3.382,26	5.166,10	20.040,42	6.451,37
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	95.117,08	65.380,59	86.393,09	67.701,35	190.704,51	254.295,26	100.598,72	204.547,49	154.832,38	85.834,19
Zucker und Zu- ckerwaren	47.990,49	21.669,72	28.510,77	18.941,70	29.929,74	20.248,93	26.566,90	58.324,23	68.730,31	62.423,59
Kakao und Kakao- zubereitungen	94.194,00	101.617,12	121.104,33	115.834,53	148.755,02	204.864,71	189.451,67	268.373,69	306.555,28	343.418,39
Getreide und Getreideerzeug- nisse, Milchzubereitungen.	18.664,78	29.410,17	29.896,68	29.606,21	40.324,83	49.234,14	45.528,92	60.148,93	79.422,89	106.925,34
Gemüse, Früchte, Nüsse und ähnliche Lebensmittelzubereitungen	32.765,40	42.362,64	49.873,58	56.791,67	71.189,82	80.107,42	63.828,39	93.030,49	100.751,33	132.241,72
Getränke, Alkohohlika, Essig	92.270,99	151.369,69	248.833,91	215.265,92	240.069,68	217.697,93	192.689,08	191.399,54	141.292,37	160.795,83

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Exporte aus der Ukraine, Georgien, Belarus und Moldau nach Russland und ausgewählte Warengruppen (in Euro)
(Fortsetzung)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Georgische Exporte in die Russische Föderation										
Gesamt	74.139,74	84.039,51	123.434,53	60.154,13	33.256,40	19.349,07	14.745,13	25.565,42	26.284,52	35.624,41
Russlandexport in % an Gesamt- export	18,19 %	16,16 %	17,76 %	8,08 %	3,70 %	1,90 %	1,81 %	2,14 %	1,67 %	1,93 %
Lebende Tiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Essbare Gemüse, Wurzeln und Knollen	270,30	797,52	623,10	65,28	36,48	0,00	127,63	0,00	0,00	0,00
Essbare Früchte, Nüsse, Schalen von Zitrusfrüchten, Melonen	2.132,36	4.076,84	13.230,40	4.297,01	194,78	744,90	996,68	0,00	0,00	10,89
Kaffee, Tee, Mate und Gewürze	1.794,05	1.244,52	1.641,25	230,85	116,72	91,07	22,95	19,58	0,00	0,00
Getreide	126,32	0,00	1.156,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gemüse, Früchte, Nüsse und ähnliche Lebensmittelzube- reitungen	488,48	742,85	728,29	267,47	304,21	599,45	258,13	163,42	309,44	164,84
Verschiedene genießbare Waren und Zubereitungen	188,15	88,43	195,92	234,83	0,00	37,38	48,76	149,11	358,98	1.028,70
Getränke, Alkoholo- lika, Essig	48.418,02	51.367,71	84.897,17	26.805,75	26,26	378,57	95,37	0,00	167,28	1.369,27

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Exporte aus der Ukraine, Georgien, Belarus und Moldau nach Russland und ausgewählte Warengruppen (in Euro)
(Fortsetzung)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belorussische Exporte in die Russische Föderation										
Gesamt	4.310.529,85	5.195.923,29	4.588.061,43	5.452.550,16	6.477.197,89	7.171.638,32	4.817.396,33	7.495.853,42	10.336.952,59	12.566.334,00
Russlandexport in % an Gesamt- export	49,07 %	47,00 %	35,76 %	34,70 %	36,57 %	32,40 %	31,54 %	39,37 %	34,76 %	35,09 %
Fleisch und Zu- bereitungen von Fleisch	83.166,50	120.292,93	154.706,69	228.770,69	160.666,07	239.396,57	332.658,10	500.168,23	601.850,07	756.417,75
Milch und Milch- erzeugnisse; Vogeleier; Honig; tierische Erzeug- nisse	219.665,87	314.798,66	394.802,77	479.711,00	624.399,75	716.805,25	615.017,55	1.069.596,10	1.111.138,59	1.351.434,73
Essbare Gemüse, Wurzeln und Knollen	11.705,90	10.533,38	5.499,49	8.016,89	17.114,07	24.409,09	20.523,00	40.727,10	49.735,24	67.557,78
Getreideerzeug- nisse, Malz, Stärke, Inulin, Weizen- gluten	25.886,01	12.950,86	9.849,13	8.137,09	11.795,06	21.446,48	9.325,05	23.806,24	24.869,42	39.076,75
Fleisch, Fisch und Meeresfrüchte Zu- bereitungen	57.908,53	77.337,77	92.263,55	104.203,63	111.006,90	136.999,22	121.782,83	153.016,01	202.418,77	415.241,83
Zucker und Zu- ckerwaren	137.403,02	185.924,35	189.069,45	110.790,04	73.916,81	46.637,18	74.563,14	115.072,27	121.169,39	132.811,67
Kakao und Kakao- zubereitungen	18.929,78	20.679,25	12.787,97	10.322,21	9.669,93	10.338,22	10.988,58	15.468,93	20.909,87	31.490,16
Getreide, Mehl, Stärke, Milch- produkte und Zubereitungen	11.407,34	14.360,19	10.493,11	13.258,79	13.475,90	11.356,34	12.733,84	21.844,48	40.089,45	46.721,66
Gemüse, Früchte, Nüsse und ähnliche Lebensmittelzube- reitungen	17.244,39	12.866,45	7.049,20	9.017,51	9.538,62	32.416,00	11.745,05	14.396,55	21.771,42	24.486,73
Getränke, Alkoholo- lika, Essig	24.727,08	31.522,15	15.681,04	3.691,22	4.734,66	6.928,39	10.424,99	18.477,47	23.221,70	40.693,29

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Exporte aus der Ukraine, Georgien, Belarus und Moldau nach Russland und ausgewählte Warengruppen (in Euro)
(Fortsetzung)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Moldawische Exporte in die Russische Föderation										
Gesamt	272.505,85	284.071,62	279.014,84	144.887,49	169.791,77	213.202,02	205.425,08	304.226,14	449.090,44	509.400,51
Russlandexport in % an Gesamt- export	39,04 %	35,87 %	31,84 %	17,31 %	17,35 %	19,71 %	22,33 %	26,21 %	28,22 %	30,30 %
Fleisch und Zu- bereitungen von Fleisch	16.839,82	0,00	950,71	0,00	2.670,81	628,00	963,70	7.301,82	15.441,17	16.669,98
Essbare Gemüse, Wurzeln und Knollen	599,78	774,21	605,43	562,00	415,10	593,34	1.127,90	4.578,70	15.476,35	11.895,80
Essbare Früchte, Nüsse, Schalen von Zitrusfrüchten, Melonen	19.889,96	21.809,61	5.711,47	2.712,10	16.401,32	20.555,46	47.003,86	70.379,47	72.964,84	71.154,74
Getreide	53,88	228,32	297,90	0,00	105,05	248,07	103,25	36,90	254,16	54,43
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachs	4.789,42	9.195,60	6.605,97	780,12	5.867,62	9.251,45	1.918,79	3.652,42	849,35	86,31
Zucker und Zuckerwaren	151,05	48,24	1.280,72	6.918,36	12.882,79	124,38	13.837,36	17.935,26	1.863,11	3.268,84
Getreide, Mehl, Stärke, Milch- produkte und Zubereitungen	662,50	521,76	764,42	686,98	522,34	564,79	380,03	248,52	329,54	367,78
Gemüse, Früchte, Nüsse und ähnliche Lebensmittelzube- reitungen	12.525,63	13.720,24	13.771,60	13.126,65	13.265,06	14.386,24	16.483,94	16.773,26	17.091,04	14.348,98
Getränke, Alkoholo- lika, Essig	170.321,23	175.197,22	188.665,56	46.791,05	2.839,33	40.281,05	37.488,79	46.936,21	34.911,52	47.937,76
Tabak und Tabak- erzeugnisse	7.032,20	4.785,93	3.989,12	32,64	2.400,89	2.916,40	3.716,40	8.266,52	6.967,08	4.529,25

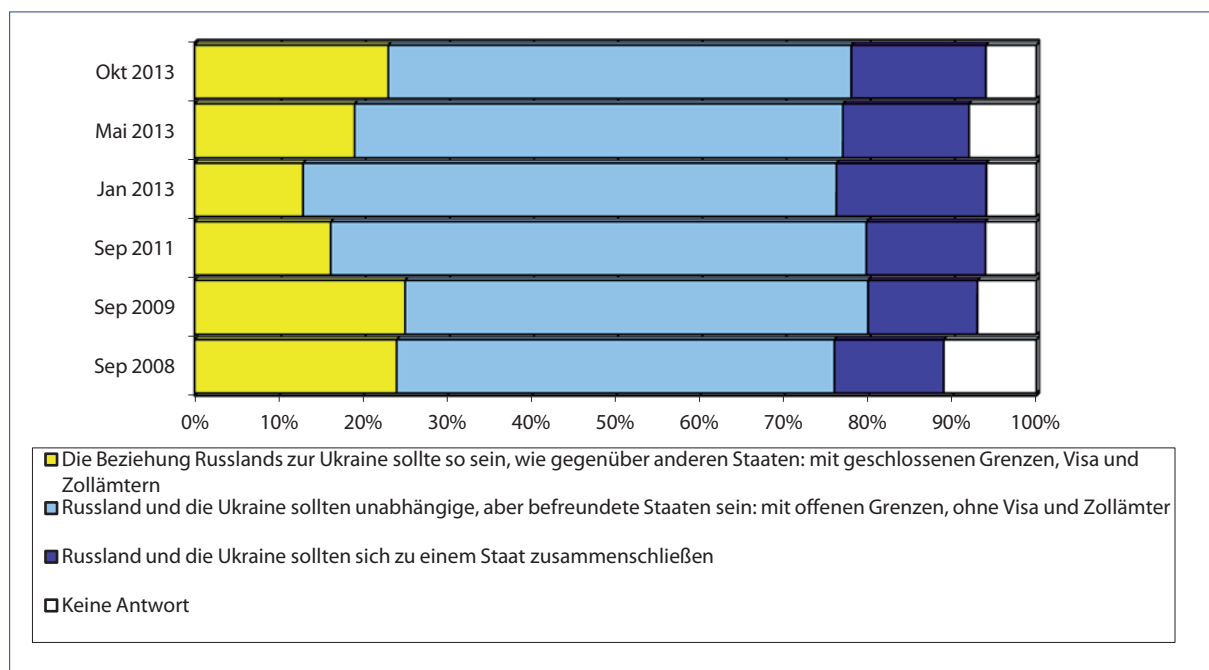
Auffällige Veränderungen aufgrund von Embargos sind in der Tabelle rot gekennzeichnet.

Quelle: Trade Map – International Trade Center. <http://www.trademap.org/tm_light/Bilateral_TS.aspx>, basierend auf Statistiken der UN COMTRADE <<http://comtrade.un.org/db/>>.

UMFRAGE

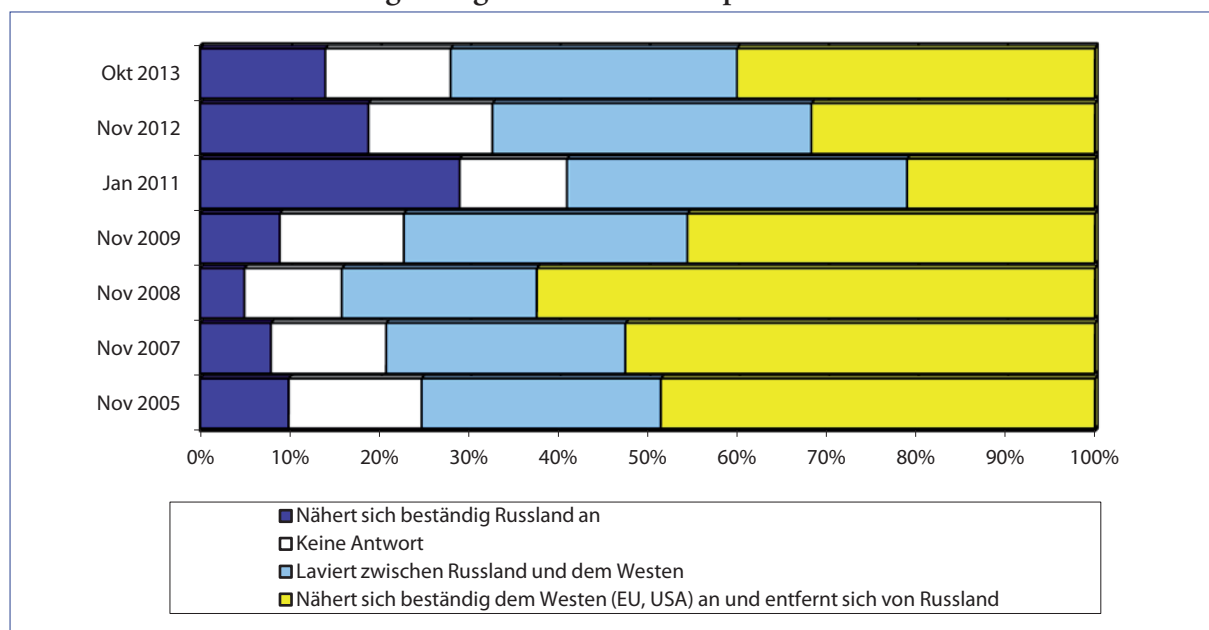
Die Beziehungen zur Ukraine aus Sicht der russischen Öffentlichkeit

Grafik 1: Mit welcher der folgenden Meinungen über die Beziehungen Russlands zur Ukraine stimmen Sie am ehesten überein?

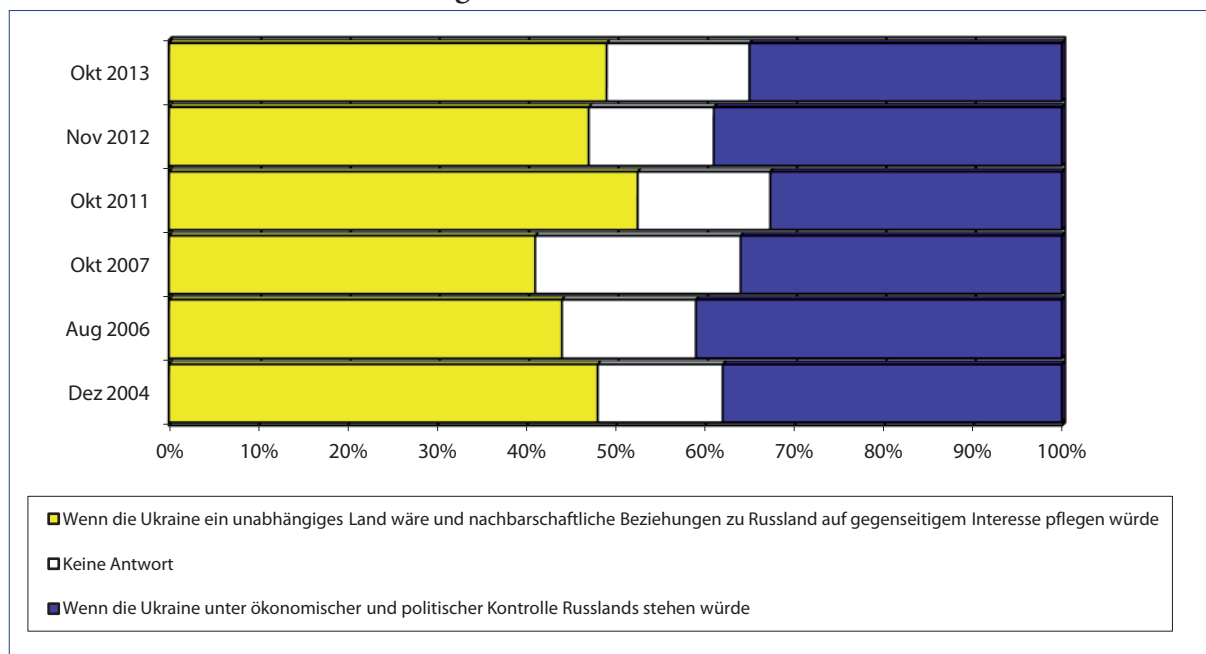


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 12. November 2013 unter <<http://www.levada.ru/print/12-11-2013/rossiyane-ob-ukraine>>.

Grafik 2: In welche Richtung bewegt sich die Ukraine politisch?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 12. November 2013 unter <<http://www.levada.ru/print/12-11-2013/rossiyane-ob-ukraine>>.

Grafik 3: Was wäre Ihrer Meinung nach besser für Russland?

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 12. November 2013 unter <<http://www.levada.ru/print/12-11-2013/rossiyane-ob-ukraine>>.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Onitschtschenko und die Handelskriege

Sanitätspolitik

Russische Blogger diskutieren immer gern über die merkwürdigen Zusammenhänge zwischen außenpolitischen Spannungen und Importverboten. Abhängig davon, wie gut das Verhältnis Moskaus zu Tbilissi ist, werden georgische Weine mal für giftig erklärt, mal als Qualitätsweine bewertet. Der Vorfall mit einem russischen Diplomaten in Holland führte unverzüglich zu Beanstandungen bei holländischem Käse und holländischen Blumen. Die Abkühlung der Beziehungen mit Litauen hatte negative Auswirkungen auf die »Qualität« litauischer Milchprodukte. Igor Lebedew, Abgeordneter der Staatsduma von der rechtspopulistischen LDPR und Sohn des Skandalpolitikers Wladimir Schirinowski, kritisiert den Einsatz von »Sanitätspolitik« in der Außenpolitik des Kreml: »Außenpolitische Spannungen kommen häufig vor, das ist ja nicht ungewöhnlich [...] Mehr noch: Überall werden wirtschaftliche Sanktionen als politisches Instrument eingesetzt. Was soll aber diese Lüge über »sanitäre Normen«? Warum werden Embargos als sanitäre Maßnahmen getarnt? Man sollte die Kirche im Dorf lassen [...] Im Endeffekt wird Russland bloß ausgelacht, auch wenn Importverbote zu Recht auferlegt wurden.«

»Sanitäre Politik« von Igor Lebedew, 10. Oktober 2013 <<http://lebedev-ldpr.livejournal.com/253789.html>>

Oberster Sanitätsarzt entlassen

Ende Oktober 2013 wurde der Chef des föderalen Verbraucherschutzdienstes (Rospotrebnadzor) Gennadij Onitschtschenko entlassen. Seit 2004 verfügte der Oberste Sanitätsarzt – so offizielle Bezeichnung des Amtes im Russischen – über ein mächtiges politisches Instrument zur Einschränkung von Importen, nämlich ihre Einstufung nach russischen Sanitätsnormen. Onitschtschenko war das russische Gesicht der Handelskriege.

Medien zufolge bedeutet seine Entlassung eine Entscheidung im verdeckten Kampf mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin Olga Golodez um Befugnisse der Ministerien im sozialen Sektor und von Rospotrebnadzor. Onischtschenko galt immer als eigenständiger Politiker, der nur Befehle von Präsident Putin wahrnahm und Anweisungen des Ministerpräsidenten Medwedew ignorierte. Der Blogger Alexander Rochmistrow diskutiert mögliche Ursachen und Konsequenzen der Entlassung Onischtschenkos und stellt sich die Frage, ob der Rücktritt eines der mächtigsten Politiker Russlands einen »Abrüstungswetlauf« bei den Handelskriegen auslösen könnte?

»Zum Rücktritt Onischtschenko: Beginn eines »Abrüstungswetlaufes?« von Alexander Rochmistrow, 23. Oktober 2013 <<http://master-radar.livejournal.com/393397.html>>

Übernimmt Rosselchhosnadsor die Aufgaben Onischtschenkos?

Nachdem die niederländische Polizei den russischen Diplomaten Dmitrij Borodin festgenommen hatte, wurde Anfang Oktober 2013 von der Verhängung eines möglichen Einfuhrverbots von Milchprodukten einer Reihe holländischer Unternehmen gesprochen. Alexej Alexejenko, der Pressesprecher des Föderalen Dienstes für veterinäre und phytosanitäre Aufsicht kündigte an, demnächst seien Einfuhreinschränkungen von Milchprodukten aus Holland geplant. Derzeit liefern 64 Käseproduzenten aus Holland auf den russischen Markt. Der Erklärung des Pressesprechers zufolge könnte sich diese Zahl durch die geplanten Maßnahmen um die Hälfte oder um zwei Drittel verringern.

»Adäquate Antwort: Die Hälfte des holländischen Käses bekommt »Einreiseverbot« nach Russland«, von bor_odin, 15. November 2013 <<http://bor-odin.livejournal.com/2965163.html>>

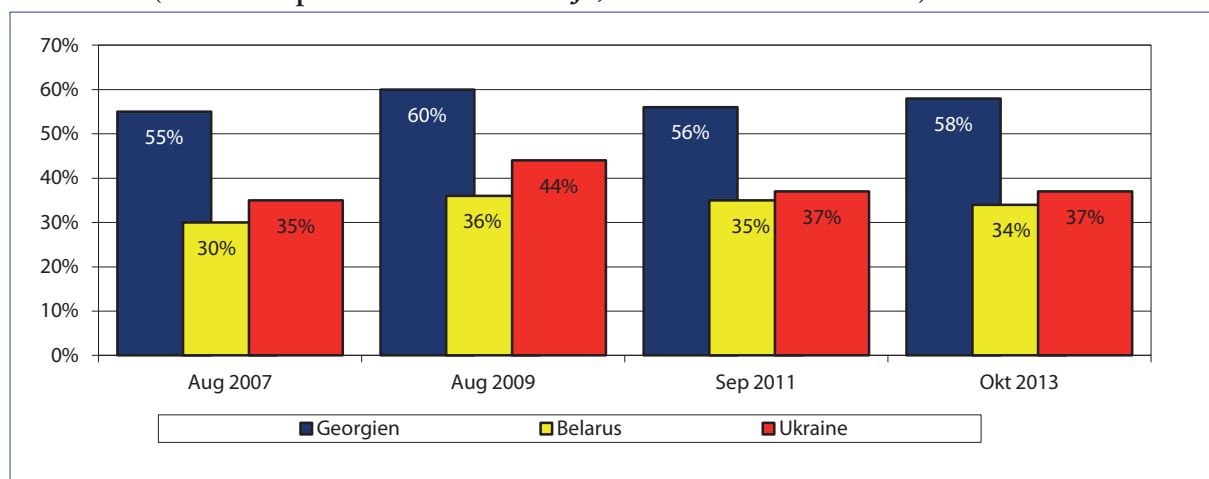
Wird Georgien von der Aufhebung des Embargos profitieren?

Seit dem Einfuhrverbot von 2006 hat Georgien seine Exportmärkte signifikant diversifiziert. Entsprechende Maßnahmen haben insbesondere die Segmente Wein und Mineralwasser unternommen, denn gerade diese Branchen waren besonders stark vom russischen Embargo betroffen. Erst 2010 gelang es Georgien, beim Export von Mineralwasser wieder das Vor-Embargo-Niveau zu erreichen. Beim Weinexport liegen die Zahlen allerdings noch darunter. Weinexporte in die Nachbarländer (unter anderem in die Ukraine, Kasachstan, Weißrussland und Aserbaidschan) sind, in Litern gemessen, um 180 % gestiegen und die Einnahmen aus dem Weinexport haben um 270 % zugenommen. Den Prognosen von Standard & Poor's zufolge wird die Aufhebung des russischen Handelsembargos gegen Wein, Mineralwasser und andere Agrarprodukten aus Georgien kurzfristig keine Auswirkung auf Georgiens Kreditwürdigkeit haben.

»Wie wird Georgien von der Aufhebung des Embargos profitieren?« von freshtrash, 29. Oktober 2013, <<http://freshtrash.livejournal.com/139672.html>>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache)

Grafik 4: Halten Sie folgende Staaten für Ausland?
(Anteil der positiven Antworten: Ja, ich halte sie für Ausland)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 25.–28. Oktober 2013 <<http://www.levada.ru/print/12-11-2013/rossiyane-ob-ukraine>>

Migration und nationale Frage in Russland: Russland nur für Russen?

Susanne Spahn, Berlin

Zusammenfassung

Der Streit um Migranten hat sich seit dem Pogrom von Birjuljowo und dem Aufmarsch der Nationalisten am 4. November verschärft. Zwei Drittel der Bürger Russlands unterstützen laut Umfragen die Losung der Nationalisten »Russland den Russen«. Das Problem ist aber weniger die angebliche Überschwemmung Russlands mit Ausländern, sondern der illegale Status der Mehrheit der Migranten. Die Politik der russischen Regierung ist widersprüchlich.

Migranten und Xenophobie

Kein anderes Thema beherrscht zurzeit die öffentliche Debatte in Russland so wie der Streit um Migranten. Der Pogrom von Birjuljowo im Süden Moskaus im Oktober hat die russische Regierung unter Druck gesetzt, das Problem der angeblichen Flut der Zuwanderer in den Griff zu bekommen. Diese gelten in der öffentlichen Wahrnehmung oft als illegal und kriminell. Der Aufmarsch der Nationalisten am »Tag der Einheit des Volkes« am 4. November stachelte die Aggressionen gegen kaukasische und zentralasiatische Menschen weiter an. Dabei werden in der Debatte um Migranten wichtige Fakten häufig außen vor gelassen: dass die Zuwanderung nach Russland im internationalen Vergleich gering ist, und dass die Wirtschaft Russlands die Kräfte aus dem Ausland dringend braucht.

Zahl und Herkunft der Migranten

Wie viele Migranten sich illegal in Russland aufhalten, ist umstritten. Die Schätzungen gehen weit auseinander. Der Direktor des Föderalen Migrationsdienstes Konstantin Romodanowskij ging im Oktober 2012 von 2,1 Millionen Menschen aus. Die Konzeption der staatlichen Migrationspolitik der Russischen Föderation bis zum Jahr 2025 beziffert die Zahl auf drei bis fünf Millionen Migranten. Eine Konsens-Schätzung russischer Experten von 2010 spricht von 2,4 Millionen Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Sie stellen die Mehrheit der Zuwanderer dar. Nur 39 %, also 1,6 Millionen Menschen hielten sich legal in Russland auf. Die Zahl der Migranten – mit legalem und illegalem Status – bewegt sich somit zwischen 3,8 und 6,7 Millionen Menschen. Menschen aus dem Nordkaukasus gelten in der öffentlichen Debatte paradoxerweise auch als Migranten, obwohl sie die russische Staatsbürgerschaft haben. Sie sind von diesen Statistiken nicht erfasst.

Die meisten Arbeitskräfte kommen nach Angaben der Konsens-Schätzung aus dem zentralasiatischen Usbekistan (1 Million), gefolgt von der Ukraine (800.000). An dritter Stelle der Herkunftsländer steht Tadschikistan (700.000). Als erster Kaukasus-Staat

belegt Aserbaidschan Platz vier mit 0,6 Millionen. Die Zentralasiaten sind die Gruppe, die zwischen 2000 und 2010 die stärksten Zuwächse verzeichnete, was auf die hohe Arbeitslosigkeit und den niedrigen Lebensstandard in den Herkunftsländern zurückzuführen ist. So verneunfachte sich die Zahl der Migranten aus Zentralasien und betrug 2011 unter den legal mit Arbeitserlaubnis in Russland lebenden Migranten 71 %, wie eine aktuelle Studie des russischen Soziologen Wladimir Mukomel aufführt. Migranten sind im russischen Verständnis repatriierte Landsleute aus den GUS-Staaten, Flüchtlinge und Arbeitsmigranten, die mit einem Anteil von $\frac{3}{4}$ an den Arbeitskräften aus dem Ausland die größte Gruppe stellen. Jeder vierte Migrant würde sich gern in Russland dauerhaft niederlassen. Die meisten Menschen (28 %) wollen jedoch nur ein bis zwei Jahre in Russland arbeiten und dann in ihr Heimatland zurückkehren. Jeder Fünfte reist ständig zwischen Russland und seiner Heimat hin und her.

Ausbildung und Rechtsstatus

Die Ausbildung und Berufserfahrung aus ihren Heimatländern ist in Russland nur selten gefragt, so das Ergebnis von Mukomels Studie. 34 % der Migranten mit abgeschlossener oder abgebrochener Hochschulbildung arbeiten in unqualifizierten Jobs, ebenso 45 % der Menschen mit Berufsausbildung. Auch mehr als ein Drittel der ehemaligen Manager müssen sich in Russland mit der Position eines einfachen Arbeiters begnügen. Insgesamt sind zwei Drittel der Neuankömmlinge mit unqualifizierten Tätigkeiten beschäftigt, sie arbeiten häufig auf Baustellen, in Märkten und als Putzkräfte. Grund für den beruflichen Abstieg ist meist die fehlende Rechtsgrundlage für den Aufenthalt. Nur etwa 40 % der Migranten haben einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Im Schnitt arbeiten sie 61 Stunden in der Woche, haben kaum ärztliche Versorgung und Probleme, Wohnungen zu mieten, da sie auf Vorbehalte wie »zu vermieten an russische Familie« oder »an slawische Menschen« stoßen. Es gebe auch keine Sicherheit, den Lohn zu erhalten, »denn der Arbeitgeber kann sie jederzeit als Illegalen

anzeigen und damit unter Druck setzen«, sagte Swetlana Gannuschkina, Vorsitzende der Flüchtlingshilfeorganisation »Bürger-Unterstützung« bei einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Berlin. »Es ist ein System der Sklavenarbeit.«

Zwar gilt für die meisten GUS-Staaten in Russland Visafreiheit. Aber die Migranten müssen sich bei den Behörden registrieren lassen, was oft problematisch ist. Zudem ist eine Arbeitserlaubnis vonnöten, die streng nach Quoten für die jeweiligen Herkunftsländer vergeben wird. »Nur der Arbeitgeber kann eine Erlaubnis beantragen. Es ist sehr schwierig, einen Quotenplatz zu erhalten«, kritisierte Gannuschkina. Mitarbeiter des Föderalen Migrationsdienstes erteilen die Genehmigung oft nur gegen Bestechung. Am restriktivsten wird die Vergabe dort gehandhabt, wo die meisten Migranten hinstreben: in Zentralrussland (insbesondere Moskau und Umgebung), im Nordwesten, in einigen Regionen des Urals und im Wolgagebiet. Die Folge davon ist, dass Korruption und Schwarzmarkt blühen. Eine Erlaubnis kann zehntausende Euro kosten.

Arbeitsmarkt und Xenophobie

Trotz dieser Widrigkeiten ziehen immer mehr Migranten nach Russland, das Staatliche Statistikamt (»Rosstat«) geht von 7,2 Millionen Menschen bis 2030 aus. Diese können allerdings den Rückgang der arbeitenden Bevölkerung nicht kompensieren. Bis 2030 soll die russische arbeitsfähige Bevölkerung um 10,3 Millionen Menschen abnehmen. Die Arbeitskräfte aus dem Ausland werden in Russland also dringend gebraucht: Nach Schätzungen des russischen Ökonomen Andrej Mowtschan bräuhete Russland bereits jetzt weitere drei Millionen nichtqualifizierte Arbeitskräfte, um das wirtschaftlich rückständige Land an das Niveau westlicher Industrieländer heranzuführen. Schon jetzt liegt ihr Anteil am russischen BIP bei 15 bis 20%. Es sei ein Mythos, dass Russland von Migranten überschwemmt sei, so der Autor. Jährlich kämen etwa 300.000 Migranten nach Russland, der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung mache nur zwei Drittel des Wertes in den westlichen Industrieländern aus.

Diese Ansicht ist allerdings in der Bevölkerung Russlands nicht mehrheitsfähig. Die Losung »Russland den Russen« ist längst nicht mehr nur in nationalistischen Kreisen aktuell, 23% der Bürger Russlands meinen, das hätte schon längst geschehen müssen. Eine Mehrheit von 43% ist der Ansicht, die Idee sei nicht schlecht, müsse aber im vernünftigen Rahmen realisiert werden, so eine Umfrage des Lewada-Zentrums von Anfang November. Mehr als die Hälfte der Befragten verspürt gegenüber Migranten aus den südlichen Republiken (Russlands und der GUS) Antipathie und ist von ihnen genervt.

Die größte Herausforderung der russischen Migrationspolitik bestünde darin, die große Zahl der illegal in Russland lebenden Menschen zu legalisieren. Das wollen aber nur 15% der Befragten. Die überwiegende Mehrheit von 73% ist dafür, sie aus Russland auszuweisen. Vier Fünftel sind der Meinung, der Zustrom der Migranten müsse begrenzt werden. Insbesondere Kaukasier sind schlecht angesehen. 71% der Bürger Russlands unterstützen die Losung »Genug den Kaukasus gefüttert« – das bezieht sich auf die russischen Teilrepubliken.

»Russland den Russen«

Das Problem der Migration ist derzeit Russlands Gesellschaftsproblem Nummer eins. Vor den Bürgermeisterwahlen in Moskau nannte eine Mehrheit von 55% der Befragten die Zugereisten aus dem Kaukasus und den südlichen Republiken der GUS als das Problem, das sie am meisten beunruhigt. Auch der Hoffnungsträger der Opposition Aleksej Nawalnyj versuchte, aus dem Problem politisches Kapital zu schlagen, indem er behauptete, die Hälfte der Straftaten in Moskau würden von Migranten begangen. Seit dem Pogrom von Birjuljowo im Südwesten Moskaus Anfang Oktober hat sich die nationale Frage weiter verschärft. Am Tag der Einheit des Volkes am 4. November veranstalteten Nationalisten in 100 Städten so genannte »Russische Märsche«, wie die alljährlichen Demonstrationen seit 2005 genannt werden. In Moskau gab es gleich zwei, den »Russischen Marsch« und den »Zarenmarsch«. Die Teilnehmer skandierten »Russen, Russen!« und trugen Banner mit Losungen wie »Eine russische Macht für Russland«, »Echo des aufziehenden Krieges« und »Für Birjuljowo«. Obwohl etwa 30.000 Teilnehmer erwartet wurden, kamen allerdings nach Angaben der Polizei nur 8.000, den Veranstaltern zu Folge 20.000 Menschen. Auf ihrer Abschlusskundgebung forderten die Nationalisten einen »Russischen Nationalstaat« und den Rücktritt der Regierung. Zudem solle die »ausländische Kolonisation« aufhören, so Punkt 14 der Forderungen. Geeignete Mittel dafür seien die Einführung eines Visaregimes mit den Staaten des Kaukasus und Asiens, zehn Jahre Zwangsarbeit für illegale Immigration und »null Toleranz gegenüber ethnischen kriminellen Gruppen«.

Obwohl der unabhängige Fernsehsender »Doshd« sowie Fotos im Internet zeigten, wie Demonstranten Kaukasier verprügelten und die Scheiben ihrer Autos einwarfen, sprach das Innenministerium von keinen ernsthaften Zwischenfällen. Möglicherweise hätte es noch mehr Randalen gegeben, aber das schlechte Wetter bremste die Nationalisten. Ein weiterer Grund für die geringe Teilnahme war, dass Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, anders als in den Vorjahren, nicht erschienen war. Zwar hatte er seine Anhänger aufgeru-

fen zu marschieren, blieb aber selbst fern. Nawalnyj verteidigte den Marsch in seinem Blog als »richtiges politisches Ereignis, das unterstützt und entmarginalisiert werden muss«.

Von den Vertretern der politischen Elite Russlands distanzierte sich allein Michail Prochorow, Gründer der Partei »Bürgerplattform«, deutlich von dem Russischen Marsch. Die Kommunisten nahmen zwar nicht teil, zeigten aber Sympathie. Der Vorsitzende der LDPR Wladimir Schirinowskij hatte sich bereits im Vorfeld der Veranstaltung mit Forderungen profiliert, die Geburtenrate im Nordkaukasus zu begrenzen und das Territorium mit einem Stacheldraht einzuzäunen. Die Regierungspartei »Einiges Russland« sah einen »Trend, den die Regierung übernehmen sollte«, so Parteimitglied Sergej Markow. »Die Losung »Russland den Russen« ist vollkommen richtig.« Auch die öffentliche Meinung war mehrheitlich auf Seiten der Nationalisten, 40 % sprachen sich bei einer Umfrage des Lewada-Zentrums für die Idee des »Russischen Marsches« aus – vor sieben Jahren waren es nur 14 % gewesen.

Russische Migrationspolitik

Wie reagiert Russlands Regierung auf das Problem? Da sich mindestens 61 % der Migranten – ausgehend von den eingangs erwähnten eher vorsichtigen Schätzungen der russischen Expertengruppe – illegal aufhalten, liegt hier das eigentliche Problem der Migrationspolitik, nicht in der angeblichen Überschwemmung Russlands

mit Ausländern. Aber von der Illegalität der Migranten profitieren korrupte Beamte auf allen Ebenen. Viele verdienen daran: Mitarbeiter des Migrationsdienstes für die Erteilung von Genehmigungen über die Polizei, die die Menschen festnimmt und für Geld wieder frei lässt, bis zur Bau- und Wohnungswirtschaft, die die meisten Migranten anwirbt und ihnen nur einen Teil des ihnen zustehenden Geldes bezahlt. Außerdem machen nicht wenige Politiker mit dem Thema Karriere, indem sie das Problem künstlich aufblasen.

Bislang zeichnete sich die Migrationspolitik der russischen Regierung vor allem durch Untätigkeit aus. »Die Notwendigkeit, Migranten zu adaptieren und integrieren wurde deklariert, aber nicht implementiert«, schrieb der Soziologe Mukomel. Eine Wende sollte das 2012 verabschiedete »Konzept für die Staatliche Migrationspolitik der Russischen Föderation bis 2025« bringen, in dem die »erfolgreiche soziale und kulturelle Integration von Migranten« als eines der Ziele formuliert wurde. Fraglich ist, ob die Konzeption umgesetzt wird. Zurzeit sieht es eher aus, als würde die Regierung den »Trend« der Nationalisten übernehmen, wie der Politiker Markow von »Einiges Russland« forderte. Als Antwort auf den Russischen Marsch verkündete die Regierung noch am selben Tag, dem 4. November, die Zahl der Gastarbeiter zu begrenzen. Wie der Fernsehsender RBK berichtete, werden im kommenden Jahr 100.000 Migranten weniger aufgenommen als 2013.

Über die Autorin

Dr. phil. Susanne Spahn lebt als freie Journalistin, Historikerin und Politologin in Berlin. Sie ist auf Politik, Wirtschaft und Geschichte Osteuropas spezialisiert. In Kürze wird von ihr veröffentlicht: »Warum die ostslawische Gemeinschaft der Russen, Belarussen und Ukrainer gescheitert ist« (in: Gasior, Agnieszka, Lars Karl, Stefan Troebst (Hg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert, Wien, Weimar, Köln 2013) und »Kritik bei der Symphonie unerwünscht. Staat, orthodoxe Kirche und Meinungsfreiheit in Russland« (in: Bökenkamp, Gérard (Hg.): Religion und Meinungsfreiheit, Berlin 2013). Ihre Dissertation »Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft? Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Belarus seit 1991« ist 2011 in Hamburg erschienen.

Lesetipps

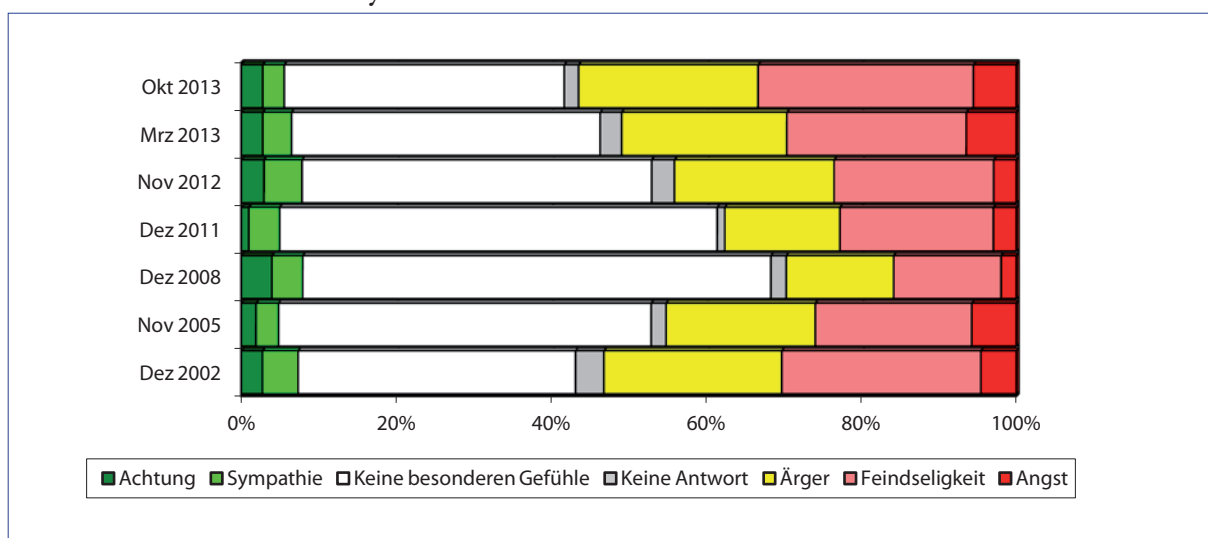
- Chebankova, Elena: Contemporary Russian Multiculturalism, in: Post-Soviet Affairs, 28.2012, Nr. 3, S. 319–345.
- Golova, Tatiana, Robert Kusche, Ute Weinmann: Hate Crime in Russland. Monitoring und Unterstützung für Betroffene rassistischer Gewalt, Berlin 2010 <http://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/Pilotstudien-Hate_Crime/Reach-Out-berli/russia_full_german.pdf>
- Mukomel, Vladimir: Integration of Migrants: Russian Federation. CARIM-East Research Report 2013/02 <<http://www.carim-east.eu/media/CARIM-East-RR-2013-02.pdf>, 19. November 2013>
- White, Anne: Internal Migration Trends in Soviet and Post-Soviet European Russia, in: Europe-Asia Studies, 59.2007, Nr. 6, S. 887–911.
- Zuev, Denis: The Russian March: Investigating the Symbolic Dimension of Political Performance in Modern Russia, in: Europe-Asia Studies, 65.2013, Nr. 1, S. 102–126.

UMFRAGE

Migranten, interethnische Spannungen und der »Russische Marsch«

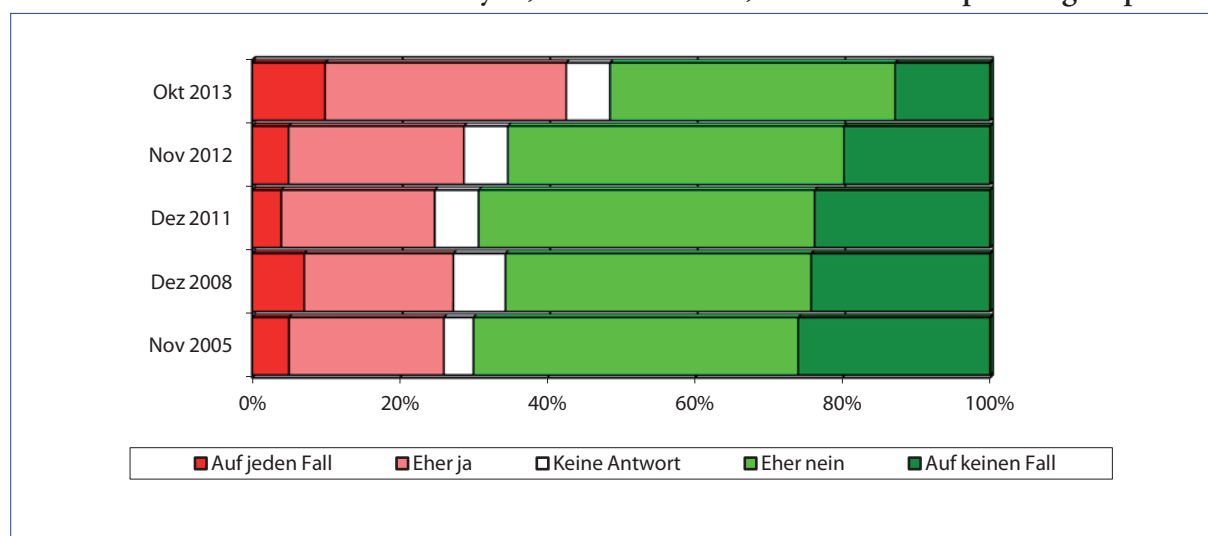
Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 5: Was empfinden Sie persönlich gegenüber Personen aus den südlichen Republiken, die in Ihrer Stadt/Rayon leben?



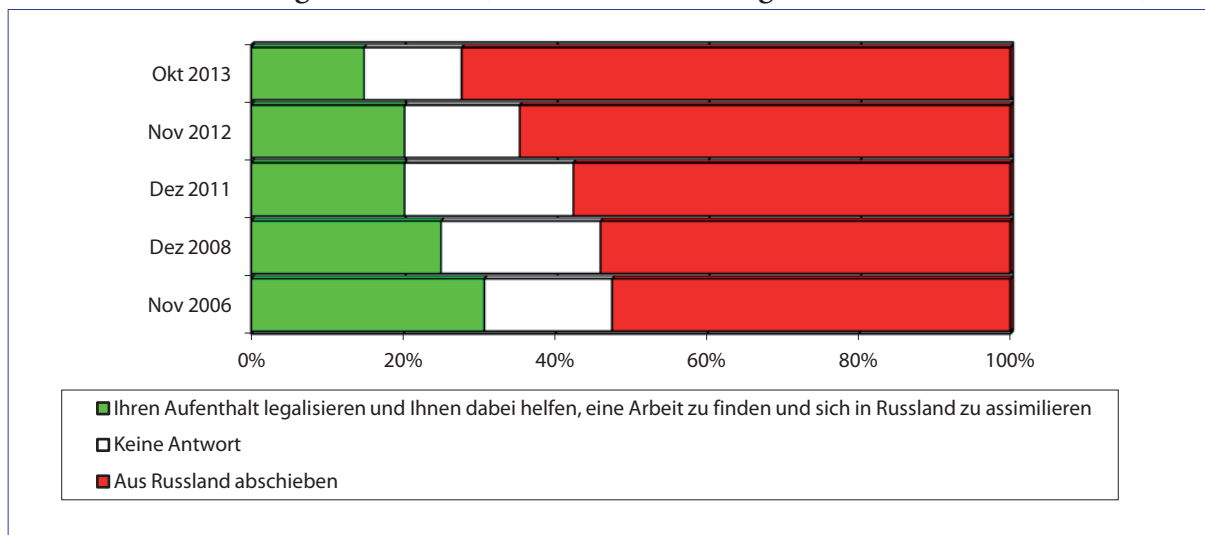
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 5. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>>.

Grafik 6: Sind in der Stadt / dem Rayon, in dem Sie leben, interethnische Spannungen spürbar?



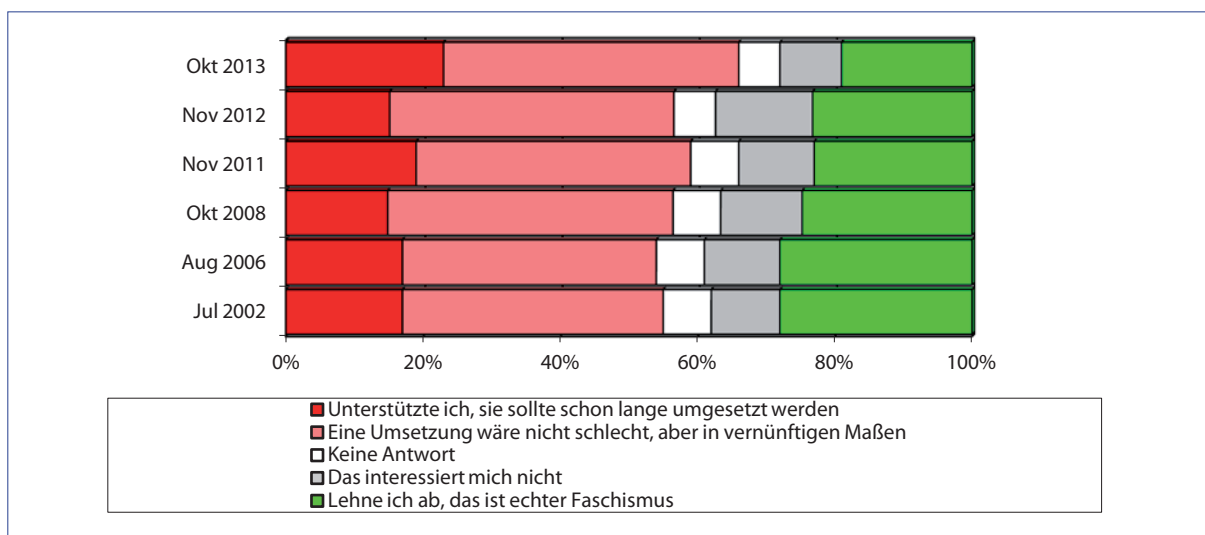
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 5. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>>.

Grafik 7: Was sollte Ihrer Meinung nach mit illegalen Einwanderern aus den Ländern des »Nahen Auslandes« getan werden? (Als »Nahes Ausland« gelten die GUS-Länder, A.d.R.)



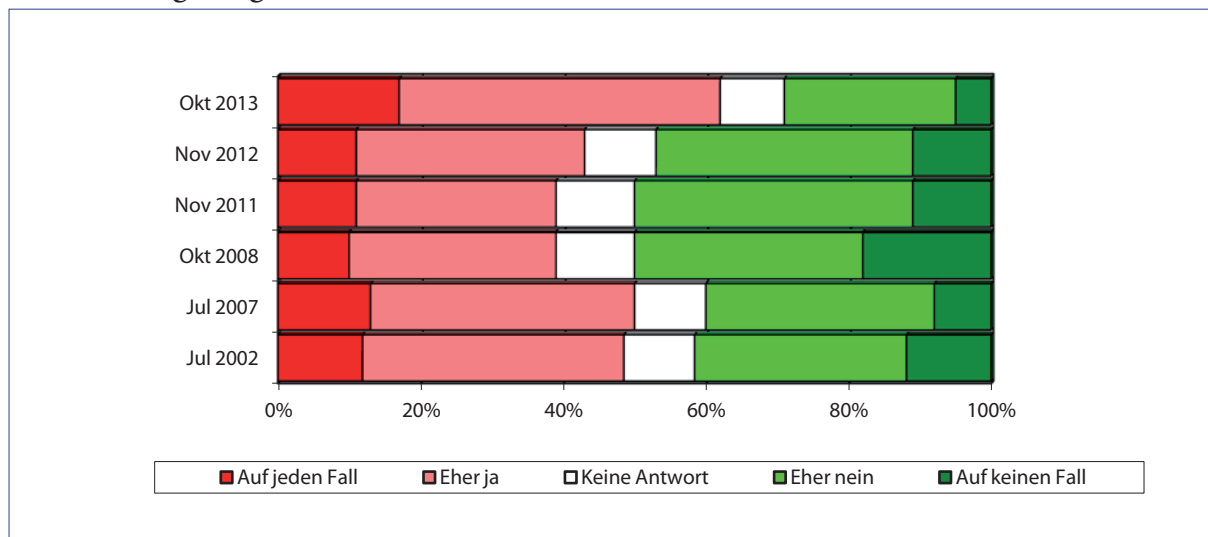
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 5. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>>.

Grafik 8: Wie stehen Sie zu der Parole »Russland den Russen«?



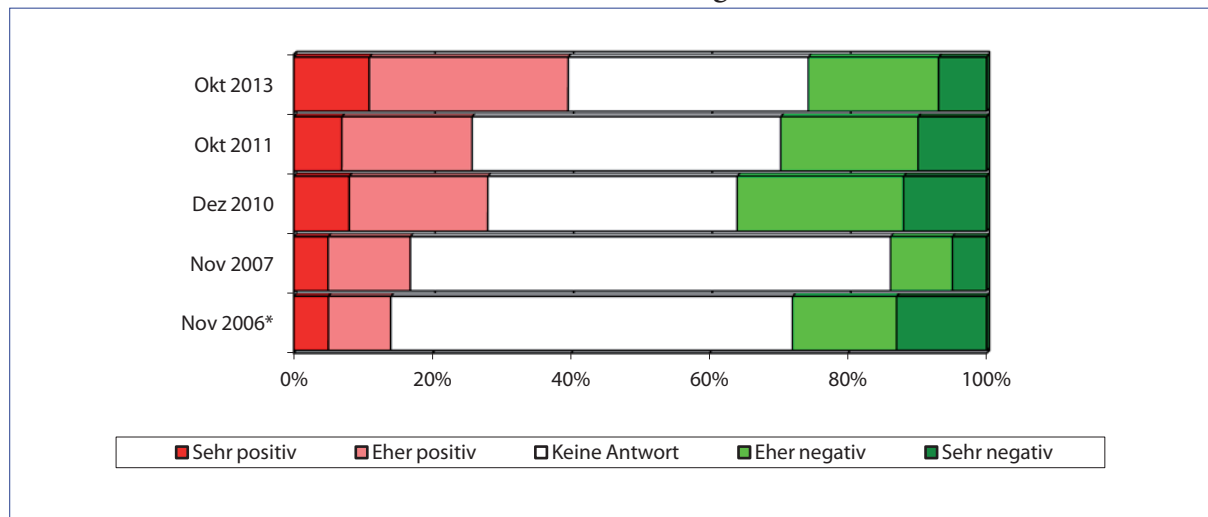
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 5. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>>.

Grafik 9: Sind in Russland massenhafte, blutige Auseinandersetzungen auf nationaler Grundlage möglich?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 5. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/05-11-2013/rossiyane-o-migratsii-i-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti>>.

Grafik 10: Wie stehen Sie zu der Idee der Durchführung von »Russischen Märschen«?

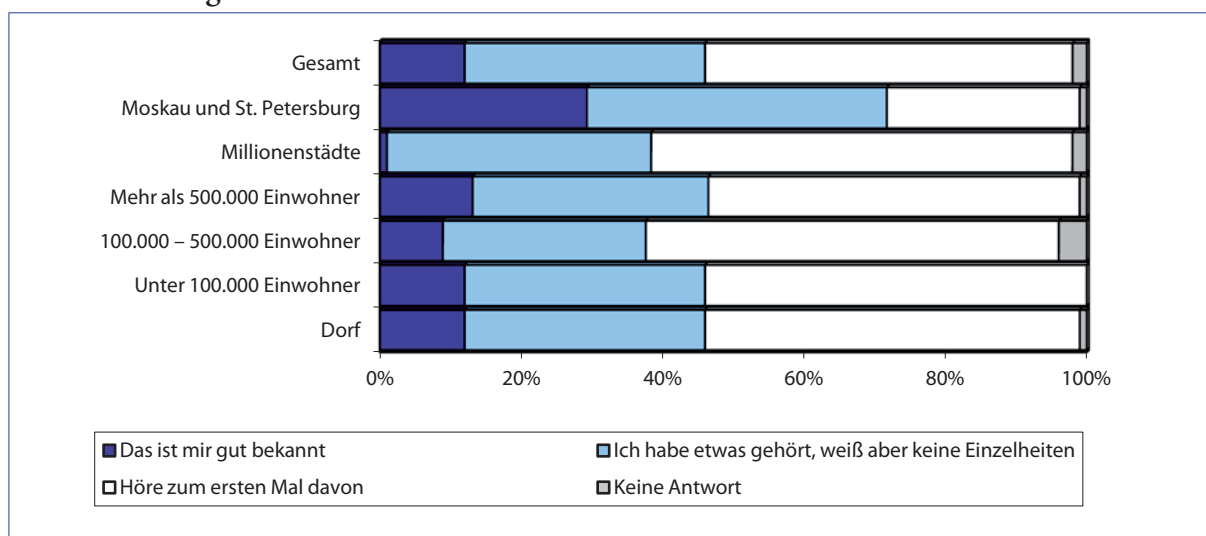


* Haben Sie von Versuchen gehört, am 4. November »Russische Märsche« in Städten Russlands abzuhalten, und wenn ja, wie stehen Sie zu der Idee des »Russischen Marsches«?

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 1. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/01-11-2013/rossiyane-o-russkom-marsh>>.

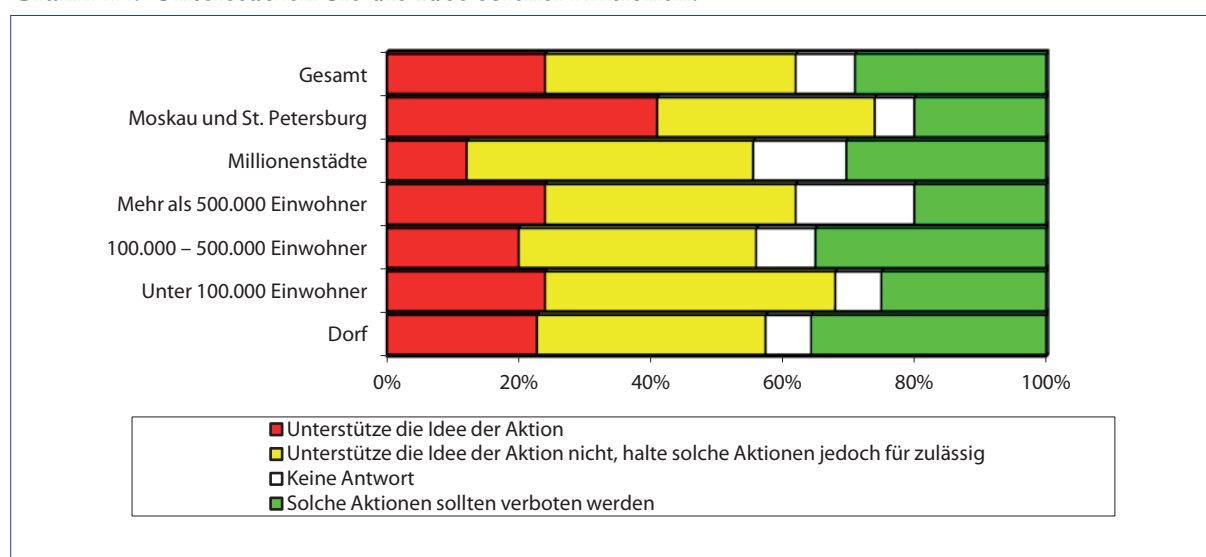
Umfragen des WZIOM zum »Russischen Marsch«

Grafik 11: Am 4. November veranstalten Nationalisten jedes Jahr einen »Russischen Marsch« unter den Parolen: »Heute Migranten – Morgen Besatzer«, »Wir sind Russen, wir sind die Kraft«, »Im Land und der Hauptstadt – russische Gesichter«. Haben Sie davon gehört?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 2.–3. November 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 11. November 2013, unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114596>>

Grafik 12: Unterstützen Sie die Idee solcher Aktionen?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 2.–3. November 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 11. November 2013, unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114596>>

Abseits von Moskau – die etwas andere Mittelschicht

Jens Siegert, Moskau

Im vorvorigen Frühjahr, dem Frühjahr der Proteste, wurde viel darüber gerätselt, ob der »Geist« nun aus der Flasche sei, und ob der Kreml ihn mit Tricks und Drohungen wieder dorthin zurück bekommen würde. Die Urteile heute fallen unterschiedlich aus. Für die einen hat Putin das Heft wieder fest in der Hand. Für die anderen ist die zwischenzeitliche Ruhe nur eine vor dem nächsten Sturm. Ich neige, schwerlich zu erraten, Letzterem zu. Die wichtigste Frage ist deshalb nicht, ob es demnächst wieder unruhig wird im Land, sondern wie und wo, wer die Träger möglicher Veränderungen sein werden und wie sie sich ihre zukünftige Welt vorstellen.

Doch bevor ich dazu komme, muss ich kurz noch einmal auf die Proteste vom Winter 2011/2012 eingehen. Diese Proteste haben Politik (zumindest in Teilen) wieder zu einer öffentlichen Angelegenheit in Russland gemacht. Proteste gab es zwar auch vorher schon gegen Wladimir Putins Kreml. Doch sie blieben alle begrenzt, angefangen von den Rentner-Protesten gegen die sogenannte Umwandlung von staatlichen Vergünstigungen in Geldzahlungen Anfang 2005, über die »31er«-Proteste gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit seit 2009 bis zu lokal und zeitweise aufflackernden Protesten im Fernen Osten, in Kaliningrad oder auch gegen »zu viele Fremde«. Sie hatten alle keine direkten Auswirkungen auf das politische System und seine Legitimierung(smechanismen). Der Winter 2011/2012 war anders. Er hat zu erheblichen Verschiebungen geführt, die an dieser Stelle ja auch immer wieder Thema sind.

Wenn allerdings ein Geist aus der Flasche ist, dann ist er für alle aus der Flasche. Ich muss zugeben, mich in diesem Blog, bis auf wenige Ausnahmen, mit dem Teil des Protestes gegen Putin beschäftigt zu haben, der meinem Herzen nahe steht: dem emanzipatorischen Protest einer beginnenden (groß-)städtischen, wohlgebildeten und ökonomisch einigermaßen versorgten Mittelschicht, die mehr demokratische Beteiligung, mehr Freiheit, eine (nach innen und außen) offenere Gesellschaft fordert. Der Protest hat aber noch eine andere, eine sozusagen dunkle Seite, die sich am sichtbarsten in immer wieder aufflammenden fremdenfeindlichen Protesten niederschlägt. Ihr Träger sind Menschen in eher prekären Lebenssituationen, wobei dieses Prekäre zwar vornehmlich sozialen Charakter hat, aber nicht unerheblich auch von Abstiegs Erfahrungen und Abstiegsängsten geprägt ist, von individuellen und auf Kleingruppen bezogenen Abstiegs Erfahrungen und –ängsten, aber auch von kollektiven, sich auf das große Land als Ganzes beziehenden.

Wo letztendlich der Funke überspringt, der Putins Haus in Flammen aufgehen lässt, kann gegenwärtig niemand sagen. Auch nicht, was an seiner Stelle gebaut werden wird. Und ob überhaupt so schnell etwas Neues, Festes entsteht.

Die politische Führung (also Putin) reagiert auf die inzwischen regional, sektoral und sozial stark ausdifferenzierte russische Gesellschaft weiter mit Experimenten. Die »gelenkte Demokratie« war so ein Experiment, das einige Zeit ganz gut lief. Sie baute auf einem »einigen Russland« auf, das möglichst alle Menschen im Land mit einbezog. Seit Putins Wiederkehr in den Kreml vor eineinhalb Jahren ist dagegen die Rede von einer »überwältigenden Mehrheit«, für die Putins Politik stehe, womit dann, logischerweise, eine Minderheit ausgeschlossen wird.

Wie für alle Politik, braucht ein populistischer Machthaber wie Putin aber eine soziale Basis, auf die er sich einigermaßen verlassen kann. Sie muss ihm also in wesentlichen Punkten zustimmen. Oder diese Zustimmung muss sich ohne unvertretbar großen Aufwand, z. B. mittels Propaganda, generieren und erhalten lassen. Und die Zustimmung muss natürlich auch durch materielle Beteiligung unterfüttert werden. Die zustimmende Mehrheit muss schlicht etwas »davon haben«.

In aller entwickelten Welt spielen Mittelschichten diese die politische Herrschaft stabilisierende Rolle. Nun ist es mit einer Mittelschicht, die ihrer Zahl und Bedeutung nach das Land stabilisieren könnte, in Russland bisher nicht weit her. Alexander Ausan, Dekan des Wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs der Moskauer Staatsuniversität, der sich mit diesem Thema gründlich beschäftigt hat, klagt seit langem, dass die Zahl derjenigen Menschen, die in Russland zur Mittelschicht gerechnet werden können »seit dem Beginn der 21. Jahrhunderts bei etwa 20 Prozent liegt« und sich kaum verändert. Außerdem sei die (ökonomisch definierte) Mittelschicht in Russland in viele unterschiedliche soziale Segmente zersplittert.

Genau hier will ich mit ein paar Überlegungen über den eigentlich banalen Unterschied zwischen Moskau (sowie, mit wenigen Einschränkungen, St. Petersburg und einigen anderen Millionenstädten) und dem, grob gesagt, »Rest des Landes« ansetzen (in diesem »Rest« leben bei einer solchen Aufteilung mehr Menschen als in den Teilen, die man »Metropolregionen« nennen könnte). Dieser Unterschied drückt sich auch in soziokulturellen Merkmalen jener Bewohner aus, die durch ihre Lebenssituation (vor allem eine eigene Wohnung)

und ihr Einkommen (deutlich mehr als das gegenwärtige Durchschnittseinkommen von knapp 1.000 Euro pro Monat) einer Mittelschicht zugerechnet werden könnten.

In Moskau, St. Petersburg und einer Reihe anderer Millionenstädte gehören dazu oft Menschen mit einer höheren Bildung (in Moskau hat mehr als die Hälfte der erwachsenen Einwohner einen Hochschulabschluss), ihr Lebensstil hat sich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren dem der Einwohner anderer europäischer Großstädte angeglichen. Sie sind relativ mobil, neigen meist eher liberalen Ansichten zu, arbeiten oft in staatsfernen Branchen und halten sich auch sonst vom Staat fern, soweit es eben geht.

Im »Rest des Landes« sind diese Menschen weit seltener zu finden. Ich will versuchen, in einigen Absätzen ein kleines Portrait zu zeichnen. Dieses Portrait beruht in erster Linie auf meinen Beobachtungen, Lektüre und Gesprächen, die ich nicht empirisch belegen kann. Mir sind auch noch keine umfassenden Untersuchungen bekannt, die die hier getroffene Aufteilung unternehmen. Alles, was ich nun schreibe, darf also mit allem Recht zumindest vorerst als Hypothese, ja als bloße Behauptung aufgefasst werden.

Zu einem großen Teil besteht die »provinzielle« Mittelklasse aus relativ jungen Menschen (die Verdienener sind meist Männer mit dazu gehörigen Familien). Sie sind oft gerade dabei, auf der regionalen Karriereleiter aufzusteigen, also meist eher jung. Sie sind Kleinunternehmer, Manager in mittleren oder größeren Unternehmen, vor allem aber Beamte aller Couleur: Polizei, Staatsanwaltschaft, Regional- und Stadtverwaltungen, Untergliederungen föderaler Behörden.

Soziokulturell leben die meisten Vertreter dieser Schicht weiter ein sehr sowjetisches Leben, mit einigen ins Auge fallenden Änderungen. Eine der wichtigsten ist das Kreuz an einer Kette um den Hals. Damit drücken sie nicht etwa eine besondere Religiosität aus, sondern eher, dass sie sich als ethnische Russen verstehen. Es ersetzt jedwede sowjetische Symbolik und bedeutet Zugehörigkeit. Schon in recht jungen Jahren neigt die provinzielle Mittelschicht (bevorzugt ihr männlicher Teil) zur Dickleibigkeit. Sie symbolisiert den erreichten Erfolg, die Solidität von jemandem, der etwas zu sagen hat. Schlankheit ist eher verdächtig. Schlank sind Profis (wie Sportler oder Angehörige von Spezialeinheiten der Sicherheitsorgane) oder Schwule.

Wenn man sie fragte, würden sich fast alle dieser Menschen wohl als »Patrioten« bezeichnen. Dabei neigen sie in politischen Fragen zu harten, oft gewaltsamen Lösungen. Die Probleme zum Beispiel im Nordkaukasus werden nicht als Folge einer vor allem auf Armee, Polizei und Geheimdienste setzenden Politik verstanden,

sondern umgekehrt als Zeichen aufgefasst, dass der russische Zentralstaat »den Kaukasien« (das ist jetzt die freundlichste Bezeichnung, die weniger freundlichen lasse ich lieber weg) gegenüber zu weich ist. Ein alltäglicher Rassismus, eine alltägliche Ausländerfeindlichkeit sind weit verbreitet, gehören fast zum guten Ton.

Wladimir Putin ist in diesen Kreisen weiterhin nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Führungsfigur. Das bezieht sich durchaus auch auf sein Image als »echter Kerl«, als »harter Hund«. Vielen ist er (siehe oben) sogar eher zu weich als zu hart. Viele fühlen sich Putin auch deshalb nah, weil er im, mit und durch den Staat aus einfachen Verhältnissen aufgestiegen ist. Das entspricht ihrer eigenen Lebenserfahrung. Dmitrij Medwedjew hat hier nie nennenswerte Anerkennung erringen können und keine Hoffnungen genährt, eher das Gegenteil. Sollte Putin dereinst gehen, dürften sich die meisten der hier beschriebenen Menschen einen ihm sehr ähnlichen Nachfolger wünschen (und keinesfalls eine Nachfolgerin).

Putins Feinde sind auch die Feinde dieser Mittelschicht. Hier gibt es einen (kleinen) Widerspruch. Der Vorstellungshorizont dieser Menschen ist im umfassenden Sinn dieses Wortes »provinziell«. Sie sind gleichzeitig Lokalpatrioten und gegenüber allem, was aus Moskau kommt mehr als skeptisch eingestellt. Moskau wird als hochnäsiger empfunden, als Zentrale, die sich auf Kosten des (schwer arbeitenden) Landes ein bequemes, ja luxuriöses Leben macht (was ökonomisch und vom hochzentralisierten Steuersystem aus gesehen nicht ganz falsch ist). Dazu sind aus ihrer Sicht in Moskau, trotz Putin, immer noch die Oligarchen und vor allem die »Liberalen« an der Macht. Warum sich Putin ihrer nicht endgültig entledigt, bleibt für viele ein Rätsel oder ein Grund für Verschwörungstheorien, bei denen dann auch Putin nicht gut wegkommt.

Dabei hält sich, bei aller Ablehnung »des Westens« und seines »verderbten« oder »ausschweifenden« Lebensstils (der für diese Leute in der oft verschwörerisch angenommenen Machtübernahme von geheimen Schwulenseilschaften gipfelt, wie sie Putin auch in seiner Rede beim Waldaj-Klub jüngst angedeutet hat), der Antiamerikanismus in Grenzen. Mit den USA braucht man eher eine Art Kalten Frieden als einen neuen Kalten Krieg. Die Einschätzung der außenpolitischen Kraft (oder eher: Schwäche) Russlands ist meist durchaus realistisch. Außerdem ist die Furcht und Ablehnung von China immer noch größer. EU-Europa wird nicht wirklich ernst genommen, außer vielleicht in seinen Fähigkeiten zur Produktion von langlebigen Konsumgütern (deutsche Autos nehmen hier eine Sonderstellung ein) und technischen Standards. EU-Europa ist für die provinzielle Mittelschicht auch kein Urlaubsziel (im Gegen-

satz zur Metropolen-Mittelschicht). Diese Menschen fliegen eher »all-inclusive« nach Ägypten ans Rote Meer oder an die türkische Mittelmeerküste.

Liberalere politische Ansichten haben es in dieser Umgebung schwer. Grob kann man zwei Gruppen unterscheiden. Die Älteren neigen eher einer Art vermenschlichtem Stalinismus zu, mit einem starken, »wenn es sein muss«, harten, aber im Großen und Ganzen gütigen Führer. Bei den Jüngeren sind die politischen Vorlieben deutlich nationalistischer gefärbt. Hier gibt es zwar auch einen Führer-Kult, aber mit starkem ethnisch-russischen Einschlag.

Wie oben schon geschrieben, ist die (ökonomisch definierte) Mittelschicht in Russland mit rund 20 Prozent der Bevölkerung im Vergleich zu anderen Indus-

trielländern klein (hier ist wahrscheinlich ein Vergleich mit China, Indien oder Brasilien angebracht). Entsprechend gering ist (bisher zumindest) die elektorale Bedeutung dieser Gruppe. Im Gegensatz zur (groß-)städtischen Mittelschicht sitzt die hier (zugegebenermaßen sehr vereinfacht) umrissene Gruppe oft schon in mehr oder weniger wichtigen Machtpositionen, hat also, regional und kommunal, durchaus direkten Einfluss. Und sie bildet ein deutliches ideologisches Gegengewicht zu den öffentlich viel sichtbareren Protestierenden in Moskau und anderen Millionenstädten. Für den Kreml ist das wohl eher beruhigend.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.



Foto: HHS

Vom 7. bis zum 21. November 2013

07.11.2013	Die russische Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina (Memorial und »Bürger-Unterstützung«), wird in Stockholm für ihre Menschenrechtstätigkeit und die Verteidigung der Rechte von Migranten mit dem Stieg Larsson Preis ausgezeichnet.
07.– 08.11.2013	Im Predgornij-Rayon unweit von Pjatigorsk (Region Stawropol) werden zwei Aufständische getötet, als es bei einer Fahrzeugkontrolle zu einem Feuerwechsel kommt. In ihrem Auto wird ein Sprengsatz gefunden.
08.11.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt den niederländischen König Willem-Alexander und dessen Frau Maxima im Kreml. Das Königspaar nimmt an den Feierlichkeiten zum Ende des russisch-niederländischen Freundschaftsjahres teil.
09.11.2013	In Moskau trifft Außenminister Sergej Lawrow mit seinem niederländischen Amtskollegen Frans Timmermans zusammen. Dabei wird u. a. die Situation der inhaftierten Greenpeace-Aktivisten besprochen.
09.11.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen ukrainischen Amtskollegen Viktor Janukowytsch. Auf dem Treffen werden die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen besprochen. Ende November könnte die Ukraine ein Partnerschafts- und Assoziierungsabkommens mit der EU unterzeichnen, Russland sucht dies zu verhindern.
11.11.2013	Eine Sojus-Raumkapsel mit drei Astronauten und der Olympischen Fackel an Bord kehrt planmäßig zurück und landet in Kasachstan.
11.11.2013	Präsident Wladimir Putin und sein kasachischer Amtskollege Nursultan Nasarbajew nehmen in Jekaterinburg am 10. Forum der interregionalen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern teil. Das Forum steht unter dem Thema industrielle Kooperation.
12.11.2013	Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Hanoi, Vietnam ein. Bei Gesprächen und Vereinbarungen mit seinem vietnamesischen Amtskollegen Truong Tan Sang stehen die bilateralen Beziehungen, darunter im Rüstungs- und Erdölsektor, im Mittelpunkt.
12.11.2013	Russland führt an den Grenzen zur Ukraine neue Einfuhrbestimmungen für Waren und Fahrzeuge ein. Danach müssen bestimmte Zertifikate für die Einfuhr in die Zollunion vorgelegt werden. Eine probeweise Verschärfung der Zollbestimmungen hatte Ende Oktober in den ukrainischen Gebieten Lugansk und Donezk zu großen Staus geführt.
12.11.2013	Ein Moskauer Bezirksgericht nimmt Eigentum und die Bankkonten der Brüder Oleg und Alexej Nawalnyj im Rahmen eines Verfahrens wegen Betrugs und Geldwäsche beim Transport von Waren des Unternehmens »Yves Rocher« unter Beschlag.
12.11.2013	Die festgenommenen 28 Greenpeace-Aktivisten und zwei freie Journalisten werden in ein Untersuchungsgefängnis in St. Petersburg verlegt.
13.11.2013	Michail Stoljarow, Bürgermeister der südrussischen Stadt Astrachan, wird wegen des Verdachts, 10 Mio. Rubel (ca. 226.000 €) Bestechungsgeld angenommen zu haben, festgenommen. Stoljarow hatte sich 2012 in umstrittenen Bürgermeisterwahlen durchgesetzt.
14.11.2013	Das Moskauer Stadtgericht löst das Geschworenengremium im Verfahren zum Mord an der Journalistin der Nowaja Gaseta Anna Politkowskaja. auf. Mehrere Geschworene hatten zuvor ihren Rückzug angekündigt. Politkowskaja wurde im Oktober 2006 ermordet.
14.11.2013	Wladimir Jakunin, Generaldirektor der russischen Eisenbahn, gibt bekannt, dass die Bahn in den kommenden Jahren die offenen Liegewagen (»Plazkartnyje«) abschaffen will.
14.11.2013	Die »Pussy Riot«-Aktivistin Nadeshda Tolokonnikowa befindet sich nach der Überführung aus einem Frauengefängnis in Mordowien im Tuberkulosekrankenhaus Nr. 1 in Krasnojarsk.
15.11.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung Gesetzesnovellen, die Werbung für Abtreibungen und Dienstleistungen der Alternativmedizin untersagen.
15.11.2013	Präsident Wladimir Putin ist auf Staatsbesuch in Südkorea. Bei Gesprächen mit seiner Amtskollegin Park Geunhye werden die bilateralen Beziehungen erörtert. Putin erntet Kritik, nachdem er seinen Besuch um einen Tag verkürzt und sich zum Treffen mit der Präsidentin verspätete. Zuvor hatte er vom Präsidenten der internationalen Taekwondo-Föderation den schwarzen Gürtel verliehen bekommen.
16.11.2013	In einem Vorort von Machatschkala (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer getötet. Unter ihnen ist der Ehemann der Selbstmordattentäterin vom 21. Oktober in Wolgograd.
16.11.2013	Greenpeace startet weltweite Protestaktionen für die Freilassung der 30 Aktivisten, die seit zwei Monaten in russischer Untersuchungshaft sitzen. In Moskau werden mehrere Info-Zelte zur Ölförderung in der Arktis und über die gefangenen Aktivisten errichtet.
17.11.2013	Der Blogger und Oppositionsaktivist Alexej Nawalnyj wird auf einem Parteitag der »Volksallianz« in Moskau zu deren Vorsitzendem gewählt.

17.11.2013	Beim Landeanflug auf den Flughafen in Kasan (Republik Tatarstan) stürzt ein Flugzeug der Fluggesellschaft »Tatarstan« ab. Alle 50 Menschen an Bord kommen ums Leben, darunter der Sohn des Republikpräsidenten und der Leiters des Inlandsgeheimdienstes in Tatarstan.
18.11.2013	Zwei Bezirksgerichte in St. Petersburg lassen zwei der 30 Greenpeace-Aktivisten gegen die Zahlung von jeweils zwei Million Rubel (ca. 45.500 €) auf Kautions frei. Dies betrifft die Ärztin Jekaterina Saspas und den Fotografen Denis Sinjakow.
19.11.2013	Zwei St. Petersburger Bezirksgerichte entlassen neun weitere Greenpeace-Aktivisten gegen die Zahlung von jeweils zwei Million Rubel (ca. 45.500 €) Kautions aus der Untersuchungshaft.
19.11.2013	Unbekannte töten vor der Geistlichen Verwaltung der Muslime in Machatschkala (Dagestan) zwei Polizisten. Drei weitere Polizisten werden verletzt. Einer der Täter wird in der Folge erschossen, er war Mitorganisator des Selbstmordattentates von Wolgograd.
19.11.2013	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft und den Hausarrest von zehn Personen, die im »Bolotnaja-Verfahren« unter Anklage stehen, bis zum 24. Februar 2014. Der Föderale Dienst für den Strafvollzug sieht keine Lebensgefahr für Sergej Kriwow, einem der Angeklagten, der sich seit 60 Tagen in Hungerstreik befindet.
19.– 20.11.2013	Sicherheitskräfte töten im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer, die sich der Festnahme zu entziehen versuchten.
20.11.2013	Zwei Bezirksgerichte in St. Petersburg entlassen weitere acht Greenpeace-Aktivisten gegen jeweils zwei Million Rubel (ca. 45.500 €) Kautions aus der Untersuchungshaft.
20.11.2013	Im Rahmen einer Spezialoperation werden in Machatschkala (Dagestan) zwei Untergrundkämpfer getötet, die als Drahtzieher des Selbstmordattentates in Wolgograd bezeichnet werden
20.11.2013	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt ein Urteil, dem zu Folge bei der Kollision des Dienstwagens von Anatolij Barkow, einem Lukoil Vize-Präsidenten, mit einem Kleinwagen, die Schuld bei den beiden bei dem Unfall getöteten Insassen des Kleinwagens lag. Der Vorfall hatte im Februar 2010 einen Skandal ausgelöst.
20.11.2013	Präsident Wladimir Putin trifft mit Vorsitzenden ausgewählter außerparlamentarischer Parteien zusammen. Unter anderem erklärt er sich bereit, eine Liste »politischer Gefangener« sorgfältig zu überprüfen. Eine mögliche Amnestie zum 20. Jahrestag der Verfassung müsse jedoch überdacht werden und vorsichtig erfolgen.
20.11.2013	Wladimir Putin empfängt den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu im Kreml. Neben bilateralen und wirtschaftlichen Fragen steht die Lage in Nahost auf der Tagesordnung.
21.11.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt an der Russischen Literarischen Versammlung in Moskau teil. Diese soll die Grundlage für eine »Russische Literarische Gesellschaft« schaffen, die als Dachorganisation der Schriftstellervereinigungen und Literaturstiftungen dienen und staatliche Zuschüsse verteilen soll. Kritiker sehen darin eine Wiederauflage der sowjetischen Schriftstellervereinigung. Boris Akunin und Eduard Limonow sagen ihre Teilnahme ab.
21.11.2013	In Kiew lehnt das ukrainische Parlament sechs Gesetzesentwürfe ab, die den Weg für ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU freimachen sollten. Darauf hin beschließt das ukrainische Kabinett, den Verhandlungsprozess über die Unterzeichnung des Abkommens auszusetzen. Es wird stattdessen vorgeschlagen, eine Dreierkommission unter Beteiligung von Russland, der EU und der Ukraine zu bilden, die die Fragen des Handelsverkehrs erörtern soll.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de